nachrichten

INFORMATIONEN UND KOMMENTARE
ZUR WIRTSCHAFTS- UND SOZIALPOLITIK

1

X. Jahrgang

nkfurt, Januar 1970 | Einzelpreis 0,75 DM | 2 S 21 395 E

Ein neues Jahrzehnt begann 2
Frieden jetzt! 3
FDGB-Kontakte — ein zähl-lebiges Tabu 4
ÖTV macht Zugeständnisse . . 5
Verhärtete Tarifpolitik 6
Zum Jahresgutachten 8
Für echte Vermögensbildung . 10
Standort der Gewerkschaften . . . 11
Bonn auf dem Prüfstand 13
Lohnfortzahlung in Kraft . . 16
Beilage: Thesen zum Standort der Gewerkschaften

Brandt sieht die „Lage" nicht real

Die Regierungserklärung Willy Brandts vor dem Bundestag, etwas aufwendig als „Bericht zur Lage der Nation" bezeichnet, erschöpfte sich im wesentlichen darin, den Standpunkt der Regierung zum Verhandlungsangebot der Regierung der DDR darzulegen. Nur wenige Worte sagte Brandt zur wirtschaftlichen Situation und versuchte dabei, die gefährliche Preiswelle in der Bundesrepublik mit der Behauptung zu verharmlosen, der Preisanstieg bleibe 1970 unter drei Prozent, bei einem realen Wachstum des Sozialprodukts um acht Prozent.

Die Spannung, mit der die Rede Willy Brandts erwartet wurde, konnte sich gewiß nicht auf das beziehen, was die Regierung zum DDR-Angebot zu sagen hatte. Denn niemand dürfte erwartet haben, daß Willy Brandt über die faktische Anerkennung zweier deutscher Staaten und den Verzicht auf Wiedervereinigungsphrasen hinausgehen würde. Gespannt konnte man nur darauf sein, mit welchen Argumenten der Bundeskanzler die völkerrechtliche Anerkennung der DDR ablehnt. Um es vorweg zu sagen: Es gab in der Rede Willy Brandts keine durchschlagenden und überzeugenden Gründe. Auch Brandt versuchte, einen Gegensatz zu konstruieren zwischen der völkerrechtlichen Anerkennung der DDR und den vielzitierten „menschlichen Erleichterungen" für die Bürger der beiden deutschen Staaten, obwohl er wissen mußte, daß alle Schwierigkeiten der zwischenmenschlichen Beziehungen ihre Ursache darin finden, daß der DDR die Anerkennung als souveräner Staat durch die Bundesregierung versagt wird.

Durchaus vernünftig hat Willy Brandt zwar erklärt, weder die Bundesrepublik noch die DDR seien ein Provisorium, sondern politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Realität; aber sie könnten nicht zueinander Ausland sein. Es liegt eine ganz bestimmte Absicht darin, diese Frage hochzuspielen und von dem „besonderen Verhältnis" zwischen der DDR und der Bundesrepublik, das eine völkerrechtliche Anerkennung ausschließe, zu reden. Das muß den Verdacht verstärken, daß auch die Regierung Brandt noch die gleichen Vorstellungen wie zu Zeiten Adenauers hegt, man könne die DDR eines Tages doch wirtschaftlich oder ideologisch oder sogar militärisch „befreien", um dies dann vor der Weltöffentlichkeit als eine „innerdeutsche" Angelegenheit zu rechtfertigen.

Der Bundeskanzler will in Kürze auf den Verhandlungsvorschlag Walter Ulbrichts antworten. Er sei fest entschlossen, sagte Brandt in seiner Rede, ohne Diskriminierung und bei völliger Gleichberechtigung auf Ministerebene mit der Regierung der DDR zu verhandeln. Es gehe ihm dabei um ein „geregeltes Miteinander". Daß ein geregeltes Miteinander die völkerrechtliche Anerkennung voraussetzt, darauf ist Willy Brandt anscheinend nicht gekommen. Ist der Bundesregierung die Sicherung des Friedens so wichtig, wie der Kanzler beteuerte, dann muß sie auf eine Politik verzichten, die die DDR diskriminiert und die Veränderung der politischen Realitäten in Mitteleuropa anstrebt.

sr

Weitblick

Der „Vergeudungscharakter" des Kapitalismus wird in der Bundesrepublik nicht nur deutlich an der Verschleuderung von 20 Milliarden DM für eine sinnlose Rüstung, sondern auch durch hohe volkswirtschaftliche Verluste infolge Planlosigkeit.

Der Mangel an einer planvollen Energiepolitik führte dazu, daß vor zehn Jahren, als sich an der Ruhr die Kohlenhalden türmten, mit Steuergeldern langfristige Einfuhrverträge für USA-Kohle abgelöst werden mußten. Heute werden umgekehrt mit Steuergeldern langfristige Exportverträge bundesdeutscher Kohle annulliert.

Der Steuerzahler bezahlte also im ersten Fall dafür, daß gekaufte Ware nicht abgenommen werden mußte, und im zweiten Fall, daß verkaufte Kohle infolge des durch die Zechenschließungen eingetretenen Kohlemangels im Lande bleiben darf.

Das ist wohl „unternehmerische Weitsicht". okolus

Ein neues Jahrzehnt beginnt

Die Gewerkschaften stehen vor großen Aufgaben Im Mittelpunkt: Demokratie und Mitbestimmung

Mit dem Jahreswechsel beginnt nicht nur ein neues Jahr 1970 — auch ein neues Jahrzehnt nimmt seinen Anfang. Das gibt uns Veranlassung, noch einmal die vergangenen zehn Jahre zu überdenken, um dann den Blick auf die vor uns liegenden siebziger Jahre zu lenken.

Die sechziger Jahre waren gewerkschaftspolitisch bewegte Jahre, ausgefüllt mit Ereignissen, deren Bedeutung bis weit in das neue Jahrzehnt reichen wird. Sie waren ein Jahrzehnt gewerkschaftlicher Erfolge, aber auch unerfüllter Hoffnungen vornehmlich da, wo es um die großen gesellschaftspolitischen Probleme ging, wie die Verwirklichung der Mitbestimmungsforderungen als Ausgang einer Demokratisierung der Wirtschaft. Gewiß haben sich die Gewerkschaften in dieser Zeit sehr bemüht, diese zentralen Forderungen in der Öffentlichkeit zu verdeutlichen und zu konkretisieren. Jedoch der Verwirklichung sind sie in diesen 10 Jahren kaum wesentlich nähergekommen.

In der Lohnpolitik wie in der Sozialpolitik allgemein haben aber die Gewerkschaften bemerkenswerte Erfolge verzeichnen können, wenn auch die nominellen Lohnerhöhungen durch die von Jahr zu Jahr steigenden Lebenshaltungskosten nur ein mäßiges Anwachsen der Realeinkommen der Arbeiter und Angestellten zuließen. In diesem Jahrzehnt wurde die 40-Stunden-Fünftagewoche für den größten Teil der Arbeiter und Angestellten realisiert, wurde eine Erhöhung des Urlaubs sowie zusätzliches Urlaubsgeld tarifvertraglich vereinbart und der Versuch unternommen, durch Rationalisierungsschutzabkommen — wenn auch im bescheidenen Maße — den Arbeitern und Angestellten, die im Zuge der Mechanisierung und Rationalisierung ihren Arbeitsplatz verloren haben, über das Schlimmste hinwegzuhelfen.

Aber es gab auch einen empfindlichen Rückschlag, als während der Wirtschaftskrise 1966/67 unter dem Druck der wachsenden Arbeitslosigkeit die Unternehmer im großen Umfange betriebliche Sozialleistungen ebenso rigoros abbauten, wie die über den Tariflohn hinaus gezahlten Effektivlöhne.

Fragt man sich nun nach den wichtigsten gewerkschaftspolitischen Ereignissen in den sechziger Jahren, so müßte man drei auf jeden Fall nennen: den Kampf der Gewerkschaften gegen die Notstandsgesetze, und hier vor allem den Protest der jungen Menschen in der Bundesrepublik gegen diesen Anschlag auf die demokratischen Bürgerrechte; die spontanen Streiks der Stahlarbeiter und der Kumpels im September 1969 und den erfolgreichen Abschluß des zähen Kampfes der Gewerkschaften um die Gleichstellung der Arbeiter und Angestellten im Krankheitsfall durch das am 1. Januar 1970 in Kraft getretene Lohnfortzahlungsgesetz. Nicht zu vergessen aber ist in dieser Reihe auch die Bundestagswahl 1969, die die längst fällige Ablösung der CDU/CSU-Regierung durch das linksliberale Kabinett Brandt/Scheel zur Folge hatte.

Für die nun vor uns liegenden siebziger Jahre werden die Aufgaben der Gewerkschaften nicht weniger schwierig sein als bisher. Im Gegenteil: die Widersprüche im Kapitalismus wachsen und mit ihnen die sozialen Spannungen. Ob die Regierung Brandt/Scheel für die Lösung der gewerkschaftlichen Aufgaben und die Erreichung gewerkschaftlicher Ziele für die nächsten zehn Jahre eine bessere Voraussetzung sein wird, als es die vorhergegangenen sozialreaktionären CDU/CSU-Regierungen waren, hängt nicht zuletzt auch von dem taktischen Geschick der Gewerkschaften ab.

Zweifellos wird die Regierung Brandt weiter heftigen Angriffen der CDU/CSU als der Partei der militaristischen und imperialistischen Kreise in der Bundesrepublik ausgesetzt sein. Taktisch falsch wäre es nun, die Regierung Brandt auch noch von links massiv zu attackieren. Richtiger ist es dagegen, ohne auf berechtigte Kritik an der Regierung zu verzichten, den Kampf gegen die CDU/CSU zu verstärken, um ihren politischen Einfluß zurückzudrängen; denn zunächst ist nicht Brandt, sondern sind Barzel und Strauß die Feinde der Gewerkschaften. Vermindert sich der Druck von rechts auf die Regierung Brandt, dann können die Gewerkschaften um so wirksamer auf die Erfüllung ihrer eigenen Forderungen drängen.

In diesem Zusammenhang war das Verhalten des Deutschen Gewerkschaftsbundes fragwürdig, den Beschluß über die Aufnahme gewerkschaftlicher Beziehungen zum FDGB in der DDR zu verschieben — eine gewerkschaftliche Aufgabe, die nicht etwa zu den geringsten für die siebziger Jahren gehört —, um, wie es offiziell heißt, der Entscheidung der Regierung Brandt über den Vorschlag der Regierung der DDR zur Aufnahme völkerrechtlicher Beziehungen nicht vorzugreifen. Richtiger wäre es gewesen, im gewerkschaftlichen Bereich Realitäten zu schaffen, um damit einen Schritt weiter zur Herstellung normaler Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten zu kommen.

Was die sozial- und lohnpolitischen Zielvorstellungen der Gewerkschaften zumindest für die erste Hälfte der siebziger Jahre angeht, so hat der Deutsche Gewerkschaftsbund der Öffentlichkeit seine Zielprojektion vorgelegt. Ohne im einzelnen auf die Details einzugehen, ist dieser Plan zweifellos zu begrüßen und wird den Gewerkschaften eine Hilfe sein. Allerdings, das in der Zielprojektion angestrebte Ziel bedeutet noch keine Korrektur der ungerechten Einkommensverteilung, und die gewerkschaftlichen Erfahrungen zeigen, daß außer dieser Zielvorstellung gewerkschaftliche Aktivität in den siebziger Jahren entwickelt werden muß, um die Forderungen auch realisieren zu können.

Die siebziger Jahre müssen aber auch Entscheidungen bringen hinsichtlich der gesellschaftspolitischen Ziele der Gewerkschaften. Die Verwirklichung einer wirksamen Mitbestimmung nach gewerkschaftlichen Vorstellungen muß in den nächsten Jahren erreicht werden. Es gibt keinen Zweifel, daß diese Forderung nur gegen den verbissenen Widerstand der Unternehmer, der Konzerne und Monopole durchgesetzt werden kann. Hier werden die Gewerkschaften — darauf sollte man sich einstellen — nicht mit einer Hilfe durch die Regierung Brandt/Scheel rechnen können.

Auf dem „Dreikönigstreffen" der FDP in Stuttgart ist noch einmal mit aller Deutlichkeit gesagt worden, daß die FDP als Regierungspartner der SPD auf keinen Fall diese gewerkschaftliche Forderung unterstützen oder sich auch nur neutral verhalten wird. Das bedeutet, daß die Gewerkschaften, ohne auf das Parlament zu warten, über Aktionen Mitbestimmungsrealitäten schaffen müssen, so wie sie es auch mit dem Lohnfortzahlungsgesetz gehalten haben.

Über diese zentrale Forderung hinaus wird sich im kommenden Jahrzehnt

Allen Beziehern der NACHRICHTEN wünschen wir ein gesundes, erfolgreiches und friedliches neues Jahr.

Herausgeber und Redaktion

Etat 70: Vorrang für Rüstung

Aber Sozialaufgaben werden vernachlässigt

Im Januar will das Bundeskabinett über die endgültige Höhe des Etats und die Verteilung der Mittel für 1970 beschließen. Das Finanzkabinett der Bundesregierung hat unmittelbar vor Weihnachten unter Vorsitz von Bundeskanzler Brandt die Vorverhandlungen abgeschlossen und den Entwurf des Haushalts 1970 mit einem Ausgabenvolumen von 91,7 Milliarden DM vorgelegt. Das bedeutet gegenüber dem Vorjahr eine Ausgabensteigerung des Bundes um etwa 12 Prozent.

An dem Haushaltsentwurf fällt vor allem der um 2 Milliarden DM erhöhte Rüstungssatz auf. Damit hat die Bundesregierung im Sinne negativer „Kontinuität" eine Priorität gesetzt. Diese Tatsache muß insbesondere die Gewerkschafter befremden, die seit Jahren eine spürbare Verminderung der Rüstungsausgaben verlangen und alle diesbezüglichen Hoffnungen in eine sozialdemokratisch geführte Bundesregierung gesetzt haben.

Die Zeitung „Metall", das Organ der IG Metall, hat jetzt diese Tatsache ebenfalls mit Mißfallen vermerkt. Im Dezember hatte der hessische DGB-Vorsitzende, Phillipp Pleß, verlangt, die „sinnlosen Milliarden", die für die Rüstung ausgegeben werden, einzusparen. Das gehöre zu einer glaubhaften Entspannungspolitik.

Weiter fällt der Haushaltsentwurf 1970 dadurch auf, daß er im sozialen Bereich lediglich eine Ausgabensteigerung von rund 1,5 Milliarden DM, also deutlich weniger als im Rüstungssektor, vorsieht. Von dieser Summe entfallen zwei Drittel auf die längst überfällige Verbesserung der Kriegsopferversorgung, so daß für alle übrigen Sozialaufgaben nur 500 Millionen der Steigerungssumme oder plus 2,9 Prozent verbleiben.

Die weitere Forcierung der Rüstung und die offenkundige Vernachlässigung der sozialen Aufgaben, wie sie aus dem Haushaltsentwurf abzulesen sind, müssen als klare politische Aussagen der neuen Bundesregierung gewertet werden. Sie sind eine Absage an die verantwortungsbewußten Forderungen des DGB und machen einmal mehr deutlich, daß mit der Ablösung der CDU/CSU in der Bonner Regierungsverantwortung eine neue Politik nicht von selbst einkehrt. Sie muß im Kampf um die Vertretung der berechtigten Interessen der Arbeiter, Angestellten und Beamten erzwungen werden. Sb.

---

der Kampf der Gewerkschaften weiter konzentrieren müssen auf die Beteiligung der Arbeiter, Angestellten und Beamten an dem Vermögenszuwachs der Wirtschaft, auf die Durchsetzung einer Bildungspolitik, die jedem die gleiche Chance zur Entwicklung seiner Persönlichkeit bietet sowie auf den radikalen Abbau der politisch gefährlichen Rüstung, die das Sozialgefüge zu ruinieren droht, um die Mittel freizubekommen zur Schaffung einer modernen Gesellschaft.

Jede gewerkschaftliche Zukunftsorientierung wird letzten Endes davon abhängen, in welchem Umfang es den Gewerkschaften durch eine politisch eindeutige Haltung gegenüber den Interessen der arbeitenden Menschen gelingt, die Gewerkschaften politisch und auch organisatorisch zu einer starken Waffe in den kommenden Auseinandersetzungen mit den Monopolen zu machen. H. S.

Ein großer Humanist: Professor Dr. Max Born

Im Alter von 87 Jahren ist Professor Dr. Max Born gestorben. Mit Max Born hat die Menschheit nicht nur einen genialen Wissenschaftler verloren. In einer Zeit, in der Wissenschaft und Technik dem Menschen geradezu unbegrenzte Möglichkeiten in die Hände gaben, gehörte er zu den großen Zeitgenossen, die die moralischen und politischen Konsequenzen wissenschaftlicher Erkenntnisse und Schöpfungen gesehen und entsprechend gehandelt haben. Aus dieser Verantwortung heraus hat er immer wieder besonders die verantwortlichen Politiker seines Landes gewarnt und gemahnt.

Hervorragende Zeugnisse dieser Haltung sind seine Unterschrift unter den Appell der Göttinger 18 Professoren gegen die atomare Aufrüstung der Bundeswehr und seine Mahnung an Otto Brenner, im Kampf gegen die Notstandsgesetze nicht nachzulassen.

Als Wissenschaftler wie als Humanist war Max Born einer der Großen in unserem Land. Sein Tod ist ein Verlust für die demokratischen und friedliebenden Kräfte in der Bundesrepublik. Ihn nicht zu vergessen, bedeutet, in seinem Sinne zu wirken. - eg -

Frieden jetzt!

In Paris fand die 100. Tagung der Vietnam-Friedenskonferenz statt — wie alle vorhergehenden ohne den geringsten Erfolg. Es stellt sich die Frage, ob der amerikanische Präsident Nixon überhaupt an einer Beendigung des Vietnamkrieges interessiert ist. Bis jetzt haben allein Nordvietnam und die Nationale Befreiungsfront Süd-Vietnams einen konkreten Plan, der sofort zu einer Beendigung des schmutzigen Krieges führen könnte.

In einem Zehn-Punkte-Programm zur Wiederherstellung des Friedens in Vietnam geht z. B. die Vietnamesische Befreiungsfront davon aus, daß eine politische Lösung zur Beendigung des Aggressionskrieges der USA nur auf der Grundlage der Gewährleistung der nationalen Rechte und Souveränität des vietnamesischen Volkes möglich ist, wie sie im Genfer Vietnam-Abkommen von 1954 festgelegt wurden. Sie fordert weiter den Abzug aller US-Truppen samt ihrem Kriegsmaterial.

In dem Programm wird weiter gesagt, daß die südvietnamesische Bevölkerung ohne ausländische Einmischung ihre eigenen Angelegenheiten regeln will. Durch allgemeine und freie Wahlen soll eine konstituierende Versammlung gebildet werden, die darüber zu entscheiden hat, nach welchen politischen Vorstellungen Südvietnam regiert werden soll. Dabei wird u. a. die Schaffung demokratischer Freiheiten wie Redefreiheit, Pressefreiheit, Versammlungsfreiheit und die Bildung von Parteien und politischen Organisationen als wichtigstes Ziel genannt.

Es ist bezeichnend für die Politik in der Bundesrepublik, daß kaum eine Zeitung diesen ernsthaften Friedensvorschlag der Nationalen Befreiungsfront Vietnams in ausreichendem Maße publiziert hat. **Angesichts der grausamen Verbrechen von Song My ist es notwendiger denn je, noch lauter und noch dringender ein Ende der Greuel in Vietnam zu fordern. Ohne die Mobilisierung der Weltöffentlichkeit wird man den amerikanischen Präsidenten nicht zwingen können, auf den Friedensvorschlag der Vietnamesen einzugehen.**

Täglich werden in Vietnam Männer, Frauen und Kinder von amerikanischen Bomben zerrissen und von aus Flugzeugen abgeworfenem Napalm verbrannt. Was Millionen Menschen in den USA mit ihren Vietnam-Demonstrationen fertigbrachten, muß auch bei uns möglich sein: Mobilisierung der Öffentlichkeit. Die Bundesregierung muß gezwungen werden, ihre angeblich „neutrale" Haltung zum Vietnam-Krieg aufzugeben und im Namen der Bürger unseres Landes vom USA-Präsidenten Frieden für Vietnam zu fordern. H. S.

Ein zählebiges Tabu

Weiter Tauziehen um Kontakte zum FDGB der DDR
DGB muß von Bonn unabhängigen Standpunkt einnehmen

Der DGB-Bundesvorstand tritt mit der Klärung seiner Beziehungen zum FDGB der DDR weiter auf der Stelle. Zu zählebig ist offenbar ein Tabu, das seit vielen Jahren Denken und Praxis der maßgebenden Funktionäre im Deutschen Gewerkschaftsbund bestimmt. Und zu stark ist wohl auch die Anlehnung mancher Funktionäre an das, was die Regierung Brandt in ihrer Haltung zur DDR gerade für opportun hält. Jedenfalls hat sich der DGB-Bundesvorstand in seiner Sitzung am 6. Januar 1970 wiederum nicht zu einer Entscheidung über die Aufnahme von Kontakten zum FDGB durchringen können.

Dieses Thema soll nunmehr auf der Sitzung des Bundesvorstandes am 3. Februar nochmals zur Sprache kommen. Während der Bundesvorstand übereinstimmend die Auffassung vertrat, daß die Kontakte mit den Gewerkschaften in den osteuropäischen Ländern fortgesetzt werden sollen und die Gegeneinladung an den Vorsitzenden des Zentralrates der sowjetischen Gewerkschaften, Schelepin, durch Vetter während seines Besuches in Moskau begrüßte, klafften die Meinungen in bezug auf den FDGB weit auseinander. Aber gleichzeitig billigte der Bundesvorstand die Vorbereitung des ersten Kontaktgespräches zwischen den Vorständen des polnischen Gewerkschaftsbundes und des DGB, das Mitte Januar in Düsseldorf stattfinden soll.

Was den FDGB betrifft, so prüft der DGB weiter, „ob auf seiner Ebene auch offizielle Kontakte zum FDGB und seinen Gewerkschaften aufgenommen werden können". So hatte es im Mai 1969 der Münchener DGB-Bundeskongreß gefordert. Einige Gegner der Kontaktaufnahme, so verlautete aus der Bundesvorstandssitzung, versuchen mit dem Hinweis auf München, wonach der DGB die Kontaktmöglichkeiten nur „prüfen" soll, eventuelle Initiativen zu stoppen.

Überdies hat der Bundesvorstand, wie weiter bekannt wurde, zum Gegenstand seiner Beratung sowieso nicht die Kontaktaufnahme selbst, sondern einen Brief an den FDGB gemacht, der gewissermaßen als Versuchsballon losgelassen werden soll. Über den Inhalt dieses Briefes und ob er überhaupt abgeschickt werden soll, gab es jene Meinungsverschiedenheiten, die dazu führten, daß die ganze Sache nochmals auf die lange Bank geschoben wurde. Bis zum 3. Februar sollen die Vorstände der Einzelgewerkschaften mit sich selbst ins reine kommen.

Wenn die Informationen, die aus der Vorstandssitzung bekannt geworden sind, stimmen, dann hat es der Entwurf des Briefes an den FDGB „in sich". Danach wünscht der DGB-Bundesvorstand — oder doch seine Mehrheit —, mit den Gewerkschaftern der DDR nicht nur über so naheliegende Fragen wie Sicherheit am Arbeitsplatz und Probleme der Mitbestimmung zu sprechen, sondern auch über bessere menschliche Bedingungen in der DDR und über die Reisewege nach West-Berlin. Da schaut der Pferdefuß heraus oder auch, wie man will, der Schwarze Peter, den man in dieser Sache offenbar dem FDGB zuzuschieben gedenkt.

Denn es scheint uns, und das weiß man auch beim DGB, schlecht denkbar, daß der FDGB einen Verhandlungspunkt anerkennt, der die frisierte Bildzeitungs-Parole von den armen geknechteten Menschen in der Zone impliziert, deren Los man erleichtern müsse. Wie gesagt, wenn das wirklich in dem Brief stehen sollte, dann doch wohl nur, weil die Briefschreiber die Vermischung von Akzeptablem mit Zumutungen als das sicherste Mittel ansehen, ihre kontaktfeindliche Konzeption zu verbrämen. Den drängenden Mitgliedern könnte man den Brief mit dem vernünftigen Teil seines Inhalts vorweisen, also eine „Initiative", und Herbert Wehner könnte man melden: Kontaktgefahr gebannt.

Wie dem auch sei: Offenkundig ist das große Sträuben gegen FDGB-Kontakte in der DGB-Spitze noch immer nicht ausgestanden. Die unterschiedlichen Richtungen werden dabei verkörpert von Heinz Kluncker (ÖTV) auf der einen und Otto Brenner (Metall) sowie Rudolf Sperner (Bau-Steine-Erden) auf der anderen Seite. Kluncker soll bezüglich der FDGB-Kontakte „neue Überlegungen" angekündigt haben, „wenn der DGB die Entscheidung über die Kontaktaufnahme auf den Sankt-Nimmerleinstag vertagen würde". Während für Sperner Kontakte überhaupt nicht zur Diskussion stehen, gedenkt Brenner in dieser Richtung nicht initiativ zu werden, wenn kein entsprechender DGB-Beschluß vorliegt oder wenn der IG Metall aus Kreisen der Bundesregierung nicht ausdrücklich eine Kontaktempfehlung offeriert wird.

Im sozialdemokratischen „Vorwärts" erklärte Heinz Oskar Vetter im Dezember vergangenen Jahres, für ihn sei Vorbedingung für die Kontaktaufnahme zum FDGB, daß künftig die West-Berliner Mitglieder des DGB als Vertreter der Gewerkschaften der Bundesrepublik an den Delegationen in sozialistische Länder — und nicht einfach als Gewerkschafter West-Berlins — beteiligt sein dürfen.

In all diesen Vorbedingungen, Vorbehalten und Querelen gegen Kontakte zum FDGB wird das grundlegende Übel als Basis für das Fortbestehen eines der überlebtesten Tabus sichtbar: die mangelnde Courage des DGB, seine Haltung zu den Gewerkschaften in der DDR in Übereinstimmung mit den Erwartungen der Mitglieder nur durch Vernunftsgründe zu bestimmen. Maßgebende Funktionäre des DGB richten sich in dieser Frage allzusehr nach den Maximen sozialdemokratischer Minister und Parteifunktionäre, die die Realitäten auf deutschem Boden nicht akzeptieren und in ihren Kampf gegen die DDR auch den DGB einspannen wollen.

In dieser Situation geht es jetzt darum, die auf Entspannung und Verständigung gerichteten Interessen der werktätigen Bevölkerung und der Gewerkschafter — unabhängig von der Konzeption der Alleinvertretungspolitiker — nachdrücklich zu vertreten. Das erfordert b e d i n g u n g s l o s e Bereitschaft zu Kontakten mit dem FDGB, die völlig gleichberechtigt abgewickelt werden müssen. Sollte der Brief mit dem erwähnten provozierenden Inhalt existieren, wäre es besser, ihn dem Papierkorb zu überlassen und einen neuen, realistischen zu verfassen, der eine ehrliche Bereitschaft erkennen läßt, gemeinsam über Fragen zu sprechen, die der Arbeiterschaft in beiden deutschen Staaten wirklich am Herzen liegen.

Gerd Siebert

GEW-Vorsitzender zum Weltkongreß der Lehrer

Erich Frister, der Bundesvorsitzende der DGB-Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), hat die Einladung des Weltgewerkschaftsbundes angenommen, an dem Weltkongreß der Lehrer vom 6. bis 10. April 1970 teilzunehmen. Der Kongreß behandelt das Thema „Schule, Lehrer und Lehrerorganisationen in der sich wandelnden Welt" und findet in Ost-Berlin statt. Frister erklärte in diesem Zusammenhang Anfang Januar, er schließe bilaterale Kontakte zum FDGB der DDR für die Zukunft keineswegs aus. Über „bestimmte Dinge" sollte man miteinander reden. „Ich bin gegen diese Politik des ängstlichen Drumherumlaufens."

Frister wäre der erste westdeutsche Gewerkschaftsvorsitzende, der offiziell an einer Gewerkschaftsveranstaltung in der DDR teilnimmt.

ÖTV macht Zugeständnis

Überraschende Verhandlungsbereitschaft Bonns
Vorbereitung auf Kampfmaßnahmen entscheidend

Am 14. Januar 1970, als diese Ausgabe der NACHRICHTEN bereits in Druck ging, sind die Tarifparteien im öffentlichen Dienst zu einem plötzlich anberaumten neuen Gespräch zusammengekommen. Die auf den Streik orientierte Haltung der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr hat offensichtlich dazu beigetragen, das Bundesinnenministerium, die Tarifgemeinschaft deutscher Länder und den Kommunalen Arbeitgeberverband wieder gesprächsbereit zu machen.

Offen war bei Redaktionsschluß jedoch die Frage, ob es der Gewerkschaft gelingen werde, ihre Mindestforderung von 100 DM Lohn- und Gehaltsaufbesserung für alle 1,2 Millionen Arbeiter und Angestellten des öffentlichen Dienstes durchzusetzen. Die Gewerkschaft ÖTV war in den vorausgegangenen Verhandlungen von dieser Forderung nicht abgewichen.

Im einzelnen verlangte die Gewerkschaft eine einheitliche Erhöhung der Ecklöhne und Grundvergütungen um 6 Prozent sowie Zahlung einer monatlichen Pauschale von 70 DM an alle Arbeiter und Angestellten. Da außerdem auch strukturelle Verbesserungen angestrebt werden, bedeutete die Gesamtforderung Einkommenserhöhungen von 23 Prozent in der untersten Lohngruppe und von 14 Prozent bei den höchstbezahlten Angestellten. Die Deutsche Postgewerkschaft und die Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands hatten ähnliche Forderungen gestellt.

Das Bundesinnenministerium als Verhandlungsführer für den Bund bot jedoch nur 8 und als „allerletztes" Angebot 9 Prozent. Die Gewerkschaften lehnten dieses Angebot als unzureichend ab. Statt dessen setzte die Große Tarifkommission der ÖTV den Arbeitgebern des öffentlichen Dienstes ein bis zum 9. Januar 12 Uhr befristetes Ultimatum. Gleichzeitig wurde die Durchführung einer Urabstimmung für den 21. und 22. Januar festgesetzt. **Damit hatte die Gewerkschaft ihre Entschlossenheit unterstrichen, auch unter der neuen Bundesregierung berechtigte Forderungen der Arbeiter und Angestellten mit Härte zu vertreten.**

Wenn sich Bundesinnenminister Genscher am 9. Januar überraschend zu einem neuen Verhandlungstermin mit den Gewerkschaften bereitfand, so ist das ohne Zweifel auf die Kampfbereitschaft der Gewerkschafter im öffentlichen Dienst zurückzuführen. Es verwundert aber, daß der Hauptvorstand der ÖTV-Gewerkschaft auf diese bloße Zusage hin unverzüglich die Urabstimmung absetzte und auch die in Offenbach, Darmstadt und Kassel vorgesehenen Protestkundgebungen streichen ließ. Kluncker verband diese Maßnahmen mit der Erklärung, daß die Gewerkschaft nach wie vor auf ihrer Mindestforderung von 100 DM für jeden bestehe.

Nicht ganz überzeugend ist die Begründung für die Absetzung der Urabstimmung. Angeblich vereinbare sie sich nicht mit der Friedenspflicht, die durch die Bestimmung eines neuen Verhandlungstermins „automatisch" wieder in Kraft getreten sei. — Bekanntlich sind Verhandlungen auch nach verwirkter Friedenspflicht möglich; sie werden mitunter sogar während eines Streiks oder unmittelbar am Vorabend eines Arbeitskampfes durchgeführt, ohne daß deshalb der Kampf oder die Vorbereitung darauf ruhen muß. Es stellt sich nämlich die Frage, ob die Kompromißbereitschaft der öffentlichen Arbeitgeber jetzt noch so groß sein wird, wie bei Weiterführung der Vorbereitungen auf Kampfmaßnahmen.

Die Gewerkschaft ÖTV und mit ihr die Deutsche Postgewerkschaft und die Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands sowie die DAG fechten nicht irgendeinen Lohnkonflikt aus. Es liegt in der Natur der Sache, daß die erste große Tarifbewegung eines Jahres einen starken Einfluß auf alle weiteren Lohn- und Gehaltsauseinandersetzungen ausübt. **Damit ist den Gewerkschaften, insbesondere der ÖTV, so etwas wie die Rolle des tarifpolitischen Schrittmachers für 1970 zugefallen. Das verpflichtet die Gewerkschaft doppelt, ein bestmögliches Ergebnis herauszuholen und auf keinen Fall unter den vom DGB für notwendig erachteten 12,5 Prozent zu bleiben**

Andererseits gibt es natürlich keine Automatik, die etwa die übrigen Gewerkschaften, die in Lohnverhandlungen eintreten, zum Abschluß von Ergebnissen auf dem Niveau des öffentlichen Dienstes verpflichtet. Zur bestmöglichen Interessenvertretung gehört darum, daß die kommenden Tarifbewegungen mit dem nötigen Nachdruck geführt werden, damit die Arbeiter und Angestellten den verdienten „kräftigen Schluck" aus der Pulle des Wirtschaftsertrages bekommen. Dabei darf nicht vor dem Einsatz aller gewerkschaftlichen Mittel zurückgewichen werden. K. K.

Schwierige Verhandlungen in der Druckindustrie

Für die gewerblichen Arbeitnehmer im Industriebereich Druck haben am 16. Januar 1970 Lohntarifverhandlungen begonnen. Die IG Druck und Papier hatte den Tarifvertrag zum 31. Januar 1970 gekündigt und eine lineare Anhebung der Löhne um 12 Prozent verlangt. Ferner fordert die Gewerkschaft den Fortfall der Lohngruppe I und die Anhebung der Relationen zum Ecklohn in den übrigen Lohngruppen.

Der Bundesverband Druck, die Vereinigung der graphischen Unternehmer, hat bereits durchblicken lassen, daß er der IG Druck und Papier harten Widerstand entgegensetzen werde, zumal für die rund 170 000 Beschäftigten im Ergebnis der Septemberstreiks die Ecklöhne außerplanmäßig um 3 Prozent erhöht worden seien und eine einmalige Zahlung von 210 DM geleistet wurde.

Bundesbeamte erhalten 8 Prozent mehr

Alle Bundesbeamten, Richter und Soldaten sollen rückwirkend ab 1. Januar 1970 um 8 Prozent höhere Bezüge erhalten. Diese Vereinbarung wurde zwischen dem Bundesinnenministerium und dem DGB sowie dem Deutschen Beamtenbund getroffen. Allerdings muß der Bundestag erst noch ein entsprechendes Gesetz beschließen. Wegen der Dauer der parlamentarischen Beratungen hat der DGB Abschlagzahlungen gefordert.

Höheres Urlaubsgeld für Bergarbeiter

In diesem Jahr werden Arbeiter und Angestellte in allen Steinkohlenrevieren ein höheres zusätzliches Urlaubsgeld erhalten. Entsprechend einer schon im Juni 1968 zwischen der IG Bergbau und Energie und den Steinkohleunternehmern getroffenen Regelung wird das Urlaubsgeld ab 1. Januar 1970 von 180 auf 240 DM erhöht.

Lohnerhöhung für Landarbeiter

Mit Wirkung ab 1. Januar 1970 hat die Gewerkschaft Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft für die rund 150 000 in der Landwirtschaft beschäftigten Lohnarbeitskräfte eine Erhöhung der Löhne um einheitlich 30 Pfennig durchgesetzt. Diese Erhöhung beträgt im Mindestfall 8,2 und im Höchstfall 9,4 Prozent. Gleichzeitig mit dem drei Monate vor Vertragsablauf erzielten Ergebnis wurde vereinbart, daß während der Laufzeit des neuen Lohntarifvertrages die Mieten für Werkswohnungen nicht erhöht werden dürfen.

Verhärtete Tarifpolitik

Unternehmerverbände und Bundesregierung verketzern gemeinsam die Gewerkschaften

Der Beginn des Jahres 1970 ist auf dem Gebiet der Tarifpolitik durch eine ungewöhnliche Verhärtung der Fronten gekennzeichnet. Nach der starren Haltung der Bundesregierung im Tarifkonflikt des öffentlichen Dienstes zeichnet sich eine zunehmende Solidarisierung vor allem des Bundeswirtschaftsministeriums mit den tarifpolitischen Positionen der Unternehmerverbände ab.

Der durch Otto A. Friedrich abgelöste Präsident der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA), Prof. Balke, hatte am Ende des vergangenen Jahres die Parole ausgegeben, wonach die Unternehmer 1970 keinen Tarifvertrag abschließen sollten, der über Lohn- und Gehaltserhöhungen von 5,5 Prozent hinausgeht. Jeder höhere Satz, so behauptete Balke, gefährde die Wirtschaftsentwicklung. Diese arbeitnehmerfeindliche These hat sich auch der neue BDA-Präsident Friedrich zu eigen gemacht.

Der DGB-Bundesvorstand hat diese unternehmerische „Lohnleitlinie" in einer Erklärung scharf zurückgewiesen. „Die angekündigte Absicht der Arbeitgeber, einen härteren Kurs gegen die gewerkschaftliche Lohnpolitik einzuschlagen", heißt es darin, „wird von den Gewerkschaften zur Kenntnis genommen. Sie werden sich darauf einstellen und ihrerseits die entsprechenden Vorkehrungen für die von den Arbeitgebern gewollten härteren Auseinandersetzungen treffen."

Der Leiter der Abteilung Wirtschaftspolitik im DGB-Bundesvorstand, Georg Neemann, sagte zu der Lohnkonzeption der Unternehmerverbände, sie ziele auf einen neuen Gewinnrekord ab. Eine Erhöhung der Bruttolöhne um nur 5,5 Prozent im Jahre 1970 würde nach Abzug der Steuern, Sozialabgaben und der Teuerung zu einer realen Kaufkrafterhöhung von nur noch 3 Prozent führen. Andererseits aber würden sich auf der Basis solcher Lohn- und Gehaltserhöhungen die durchschnittlichen Nettogewinne der Unternehmer um 17 Prozent, nach Abzug der Teuerung um 14 Prozent verbessern. Unter Berücksichtigung einer wahrscheinlich größeren Produktionssteigerung als sie vorausgeschätzt sei, würden die Gewinne noch stärker steigen.

An dieser Rechnung Neemanns fällt auf, daß bei den Unternehmergewinnen die Teuerung mit 3 Prozent angerechnet wurde, bei den Löhnen und Gehälter aber Steuern, Sozialabgaben und Teuerung zusammen nur mit 2,5 Prozent. In Wirklichkeit dürfte bei einem vorausgeschätzten Anstieg der Lebenshaltungskosten zwischen 3 und 5 Prozent von einer Bruttolohnerhöhung um 5,5 Prozent real nicht mehr viel übrig bleiben.

Die Gewerkschaften halten dagegen an ihrer Projektion fest, wonach die Löhne und Gehälter 1970 im Durchschnitt um brutto 12,5 Prozent steigen müssen. Dabei stoßen sie auf den zunehmenden Widerstand der Bundesregierung. Nicht nur Innenminister Genscher (FDP), sondern vor allem auch Bundeswirtschaftsminister Schiller, sein Staatssekretär Arndt und Finanzminister Möller (alle SPD) versuchen, die Gewerkschaften mit der Zweckbehauptung in die Rolle des Sündenbocks zu manövrieren, wonach eine „Lohnexplosion" von 10 Prozent und mehr die wirtschaftliche Stabilität gefährde.

Diese Attacke auf die gewerkschaftliche Tarifpolitik, wie sie von Staatssekretär Arndt Anfang Januar im Zweiten Deutschen Fernsehen geführt wurde, deckt sich völlig mit der Aufforderung Prof. Schillers an Unternehmer und Gewerkschaften sowie die öffentliche Hand, bei ihren Preiserhöhungen, Lohnforderungen bzw. Ausgaben „maßzuhalten".

Schiller forderte die Gewerkschaften auf, in ihre Lohn- und Gehaltsforderungen die Überlegung mit einzubeziehen, daß als Folge der DM-Aufwertung künftig die Preise weniger als vorausgesagt steigen würden. Im übrigen sei „mit den Lohnerhöhungen der letzten Monate der Rückstand der Arbeitnehmereinkommen gegenüber der allgemeinen Konjunkturentwicklung zum größten Teil" aufgeholt. Staatssekretär Arndt erklärte am 8. Januar in Bonn, der „kritische Punkt in der gegenwärtigen Konjunkturlage" sei die Lohnentwicklung. Ohne „Gefahren" von dieser Seite sei 1970 ein größeres reales Wirtschaftswachstum zu erreichen.

Das sind Töne, wie sie zuletzt zu Zeiten Ludwig Erhards den Gewerkschaften entgegenschlugen! Doch mit dieser Verketzerung der Gewerkschaften durch sozialdemokratische Kabinettsmitglieder ist es noch nicht genug. Die Bundesregierung hegt, wie am 18. Dezember 1969 in Bonn bekannt wurde, den Plan, „im Fall einer anhaltenden Lohnwelle als Alternative offenbar auch einen Zuschlag zu den Steuern vom Einkommen wie auch zur Lohnsteuer" zu erheben. („Die Welt" vom 19. 12. 1969). Nach dem Stabilitätsgesetz kann eine solche Zusatzsteuer bis zu einer Höhe von 10 Prozent der Einkommens- bzw. Lohnsteuer für 12 Monate beschlossen werden. Finanzminister Möller erklärte in diesem Zusammenhang seine Entschlossenheit, eine „weitere Gefährdung der öffentlichen Finanzwirtschaft und der Währungsstabilität", die er nur auf der Lohnseite sieht, nicht zuzulassen.

Solche Töne sind höchst aufschlußreich. Sie zeugen davon, daß auch die neue Bundesregierung die Sicherung von Höchstprofiten für die Monopole als wichtigste Aufgabe sieht. Dabei scheut sie nicht davor zurück, zusammen mit den Unternehmerverbänden eine Einheitsfront gegen die Gewerkschaften zu bilden. Die gleichzeitig nach beiden Seiten ausgeteilten Maßhalteappelle sollen nur den Anschein einer Objektivität hervorrufen.

Nach den sozialreaktionären Maßnahmen während der Krise von 1966/67, den anschließenden minimalen Lohn- und Gehaltserhöhungen und der enormen Produktivitäts- und Gewinnsteigerung der Unternehmer ist volkswirtschaftlich erwiesen, daß die Arbeitnehmereinkommen im laufenden Jahr ohne weiteres um mehr als 12 oder gar 15 Prozent steigen können, ohne negative Wirkungen hervorzurufen. Sie müssen sogar um einen so kräftigen Satz angehoben werden, um einen Teil des Lohn- und Gehaltsrückstandes aufzuholen und andererseits über die notwendige Kaufkraftstimulierung zur weiteren Wirtschaftsbelebung beizutragen. (Siehe auch „Sinkende Lohnkosten", Seite 9, und „Zum Jahresgutachten", Seite 8.)

G. S.

Gesellschaftspolitischer Beraterkreis des DGB

Auf Anregung des DGB-Vorsitzenden Heinz Oskar Vetter hat der Deutsche Gewerkschaftsbund einen sogenannten Gesellschaftspolitischen Beraterkreis gebildet. Dieses Gremium trat am 17. Dezember 1969 in Düsseldorf zu seiner konstituierenden Sitzung zusammen. Wegen des wissenschaftlichen Charakters dieses Beraterkreises wurde er beim Wirtschaftswissenschaftlichen Institut des DGB eingerichtet. Diesem Organ gehört eine Reihe namhafter Wissenschaftler aus verschiedenen Fachrichtungen an; den Vorsitz führt der frühere Justitiar des DGB, Prof. Dr. Kunze. In seiner Begrüßungsrede betonte Heinz O. Vetter, dieses Gremium solle in völliger Freiheit und Unabhängigkeit beraten. Der DGB beabsichtige, die erzielten Ergebnisse für die Ausrichtung seiner künftigen Politik einzusetzen.

Preiswelle reduziert Löhne

DGB fordert von Bonn Aufhebung der Preisbindung
Lehlbach: Rücksichtsloser Kapitalismus wird fortgesetzt

Die DGB-Gewerkschaften und die Arbeiterschaft sind wegen der fortdauernden Preissteigerungen stark beunruhigt. Nachdem die Verteuerung der Lebenshaltung im Durchschnitt des abgelaufenen Jahres fast 3 Prozent betrug, sprechen Schätzungen für 1970 von einem allgemeinen Preisanstieg bis zu 5 Prozent. Von der Bundesregierung wird, außer unverbindlichen Maßhalteappellen, nichts gegen den Preiswucher unternommen. Dadurch werden die vergangenen und bevorstehenden Lohn- und Gehaltserhöhungen in ihrer Wirksamkeit erheblich reduziert.

Der DGB-Vorsitzende Heinz O. Vetter hat in einem Brief an den Bundeswirtschaftsminister die „Schonzeit" für die neue Bundesregierung für beendet erklärt und eine spürbare Einflußnahme auf die Preisgestaltung verlangt. Insbesondere fordert der DGB die Aufhebung der Preisbindung der zweiten Hand, die bis zur Übernahme der Regierungsführung durch die SPD eine der wirtschaftspolitischen Hauptforderungen Prof. Schillers war.

Der DGB verlangt von der Bundesregierung ferner eine eindeutige Erklärung, daß die derzeitige Preiswelle nicht mit der Entwicklung der Lohnkosten je Produktionseinheit begründet werden kann, da diese noch Mitte 1969 um fast 10 Prozent unter dem Stand von 1966 lagen. Darüber hinaus soll die Regierung die Öffentlichkeit über den möglichen Umfang von Preissenkungen als Folge der DM-Aufwertung von 8,5 Prozent aufklären. Schließlich wird Bonn aufgefordert, jede weitere Erhöhung öffentlicher Tarife und staatlich beeinflußter Preise zu unterbinden.

In einer weiteren Erklärung kritisiert der DGB-Bundesvorstand die Ankündigung des Bundeswirtschaftsministeriums, seine Bemühungen um Stabilisierung der staatlich beeinflußbaren Preise zu verstärken, als „keine ausreichende wirtschaftspolitische Maßnahe". Unbeeindruckt davon würden sich fortgesetzt neue Preiserhöhungstendenzen auch im administrativen Bereich abzeichnen. In diesem Zusammenhang verweist der DGB auf die vorausgesagten starken Steigerungen der Mieten und Grundstückspreise für 1970/71 und die beabsichtigte Erhöhung der Bahnfrachttarife.

Mit Nachdruck weist der DGB das Unternehmerargument zurück, daß die Preissteigerungen eine Folge der Lohn- und Gehaltserhöhungen seien. Die besonders im industriellen Bereich stark gestiegenen Preise seien einzig und allein auf die rücksichtslose Ausnutzung der Marktlage zurückzuführen, erklärt dagegen der DGB, da die Erzeugerpreise gerade in der Industrie im dritten Quartal 1969 um mehr als 8 Prozent niedriger waren als noch vor drei Jahren. Da der Lohnkostenanteil an der Produktion im Durchschnitt der Industrie weniger als die Hälfte betrage, sei statt der Erhöhung eine Senkung der Preise um mehr als 3 Prozent möglich.

Dabei ist die in den drei Jahren erfolgte arbeitsstündliche Produktivitätssteigerung um über 20 Prozent noch nicht berücksichtigt. „Die Differenz zwischen den gesunkenen Lohnkosten und den trotzdem gestiegenen Erzeugerpreisen spiegelt sich in der Gewinnexplosion der deutschen Wirtschaft", schreibt dazu Rudolf Henschel in der „Welt der Arbeit" Nr. 49/1969.

In der Preispolitik und dem diesbezüglichen Verhalten der Bundesregierung tut sich eine deutliche Kluft auf zwischen den Gewerkschaften, die die Interessen der Werktätigen vertreten, und der SPD-geführten Regierung, die offensichtlich anderen Interessen als denen der Arbeitnehmer verpflichtet ist.

Der DGB-Landesbezirksvorsitzende von Rheinland-Pfalz, Julius Lehlbach, hat kurz vor Weihnachten den Finger auf diese Wunde gelegt und harte Kritik an der Bundesregieung geübt. Prof. Schiller forderte er auf, „endlich seine Versprechen wahrzumachen". Insbesondere versäume dieser, die Preisbindung der zweiten Hand aufzuheben, wovon er noch zu Beginn des Jahres 1969 Wunderdinge versprochen habe. So habe Schiller am 8. März in Bochum erklärt, daß durch Aufhebung der Preisbindung Preissenkungen bis zu 45 Prozent bei einigen Artikeln möglich seien und der Lebenshaltungsindex insgesamt niedriger sein könne.

Lehlbach erinnerte auch an das Regierungsprogramm der SPD von 1969 und die darin enthaltene Formulierung: „Um marktgerechte Preissenkungen zu erreichen, wird die Preisbindung für Markenartikel, deren Beseitigung bisher am Widerstand der CDU/CSU scheiterte, aufgehoben." **Es zeige sich jetzt aber immer deutlicher, sagte der DGB-Landesbezirksvorsitzende, daß die von Schiller verkündete aufgeklärte Marktwirtschaft nichts anderes als die Fortsetzung einer rücksichtslosen kapitalistischen Wirtschaft sei.** Wenn dem Profitstreben der Unternehmer, wie es in der gegenwärtigen Preiswelle zum Ausdruck komme, durch die Bundesregierung nicht bald ein Riegel vorgeschoben werde, müsse für 1971 mit einer neuen wirtschaftlichen Rezession gerechnet werden.

Bundesregierung wie Unternehmer haben diesen Forderungen und Warnungen der Gewerkschaften jedoch nichts anderes entgegenzusetzen als „Seelenmassage" nach Erhardscher Art. Am 8. Januar erklärte Staatssekretär Arndt vom Wirtschaftsministerium, nach neuesten Berechnungen zeige sich bereits ein Abflauen der Preiswelle. Alles werde nicht so schlimm wie vorhergesagt. Am selben Tag ließen auch die Unternehmerverbände in Bonn erklären, daß die Preise in diesem Jahr nicht, wie vom Sachverständigenrat vorhergesagt, bis zu 5 Prozent anziehen würden. Vielmehr sei mit einem Anstieg um „nur" 2,9 Prozent zu rechnen.

Es liegt auf der Hand, daß diese offenbar abgesprochenen Beschwichtigungsversuche der gewerkschaftlichen Lohnpolitik gelten. Die Lohn- und Gehaltssteigerungen sollen auf diese Weise so niedrig wie nur möglich gehalten werden.

NACHRICHTEN für den aktiven Gewerkschafter

In der ersten Ausgabe der Gewerkschaftszeitung „Metall" erklärte Otto Brenner in seinem Leitartikel „Blick auf 1970", daß die Gefahr in diesem Jahr keineswegs von den Löhnen, sondern von den Preisen ausgehe. Wörtlich schreibt Brenner: „Je höher aber die Preise steigen, desto stärker werden die Lohn- und Gehaltssteigerungen ausfallen müssen, zumal selbst die Sachverständigen feststellen, daß gegenüber 1966 immer noch ein merklicher Rückstand der Reallöhne im Vergleich zur Produktivität vorhanden ist. Unter diesen Umständen wäre eine durchschnittliche Steigerung der Lohn- und Gehaltssumme um etwa 12 Prozent im Jahre 1970 durchaus denkbar, ohne daß man hierbei — angesichts der Absatz- und Gewinnlage — von einer Überforderung der Wirtschaft sprechen könnte."

Dem wäre hinzuzufügen, daß auch 12 Prozent noch nicht genügen, um den Nachholbedarf aufzuholen. Eine aktive Lohn- und Gehaltspolitik muß darüber noch spürbar hinausgehen. K. Kilian

Zum Jahresgutachten 1969

Wissenschaftler bestätigen Rückstand der Effektivlöhne Konsequenzen für die Lohn- und Tarifpolitik

Am 19. November 1969 unterzeichneten die Mitglieder des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung das Jahresgutachten 1969. Dieses umfangreiche Dokument (Bundestagsdrucksache VI/100) ist vor allem in drei Hauptpunkten für die Arbeiter und die Gewerkschaften aufschlußreich:

1. Es bestätigt, daß die Wirtschaft auch in ihrer gegenwärtigen Boomperiode sehr labil ist und keinesfalls durch einen Ablauf nach „Maß" charakterisiert wird. Die Konjunktur ist nach wie vor durch die Investitionen und den Export und erst seit Oktober 1969 durch einen kräftigeren Kaufkraftstoß beeinflußt. Die lange Zeit zurückliegende Kaufkraft der Werktätigen konnte nur durch die Streiks und die dann folgenden Lohnaktionen der Gewerkschaften angespornt werden. Das reale Bruttosozialprodukt wird 1970 nach Meinung der Gutachter weniger zunehmen. Für die zweite Hälfte des Jahres sagen sie eine Konjunkturberuhigung voraus, „weil die Nachfrageentwicklung etwas hinter dem Wachstum des Produktionspotentials zurückbleiben wird".

2. Der Preisindex wird für 1970 um knapp 3 Prozent über 1969 liegen — ohne die Preise für Nahrungsmittel sogar um 4 bis 5 Prozent. Die Gutachter zweifeln, daß die Preise für die Nahrungsmittel infolge der Aufwertung tatsächlich sinken. Dennoch gehen sie in These 199 von einer Senkung um 2 Prozent aus. Aufschlußreich ist ihre Bemerkung, daß sich die privaten und öffentlichen Unternehmen durch „Preisanpassungen" vor der „Gefahr kostenbedingter Gewinneinbußen zu schützen" suchen (These 209).

Die Gutachter attackieren die Großunternehmen und Schlüsselindustrien als die „Preisführer". Solche Industrien wie Bergbau und Energie, Eisen und Stahl „setzen ihre Preise so kräftig herauf, daß dies zu nachahmenden Preisanhebungen ermutigt . . ."

3. In sehr vorsichtigen Feststellungen kritisieren die Gutachter, daß die Effektivlöhne in der Industrie bis ins erste Halbjahr 1969 hinter der Produktivitätsentwicklung zurückblieben; die Steigerungen seien hauptsächlich das Ergebnis von Überstunden. Wie schon im Gutachten 1968, stellen die Gutachter erneut in diesem Zusammenhang die inaktive Rolle der Gewerkschaften fest. Ihre „Zurückhaltung" habe bis Mitte 1969 den konjunkturellen Rückstand der Effektivlöhne „nicht abzubauen vermocht".

Erst die Arbeitsniederlegungen im September 1969 setzten die Tariflohnbewegungen in Gang. In auffallender Übereinstimmung mit den Unternehmern vertreten die Gutachter aber den Standpunkt, daß Anfang 1970 der Rückstand der Effektivlöhne aufgeholt sein dürfte. Diese Rechnung geht vom Vergleich mit dem Jahr 1968 aus. Der Lohnrückstand besteht aber seit 1966.

Nimmt man das Jahr 1966 = 100, dann erreichte die Arbeitsproduktivität 117,7, die tatsächliche Reallohnerhöhung aber 113,1. Gemessen an der Arbeitsproduktivität beträgt demnach die Lohnlücke 4,6 Prozent. Wir müssen aber vor allem von der Profitentwicklung ausgehen. Nach den Daten von volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen der Gutachter sind die Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen wie folgt gestiegen: 1968 um 23,7 Prozent, 1969 um 7,0 Prozent (Schätzung), nach der Prognose für 1970 werden sie um 7,5 Prozent steigen. In diesem Zeitraum stiegen bzw. steigen die Nettoeinkommen aus unselbständiger Arbeit so: 1968 um 5,3, 1969 um 10,5 (Schätzung) und nach der Prognose für 1970 um 12,0 Prozent.

Selbst nach diesen Angaben der Gutachter beträgt einschließlich 1970 und gemessen an den Profiten der Lohnrückstand 10,4 Prozent. Da die Unternehmer in diesem Zeitraum die Preise um mindestens 9 Prozent steigern werden, beträgt der reale Lohnrückstand im Vergleich zur Profitentwicklung sogar 19,4 Prozent.

Die Gutachter haben aber ausschließlich die Produktivitätsraten zum Maßstab der Lohnentwicklung genommen. Sie wenden sich sogar in These 217 gegen ein Aufholen der Lohnverluste von 1966/67. Nach ihrer Meinung müßte dies die Gefahr einer Rezession heraufbeschwören. Warum eine solche Gefahr nicht vielmehr von den Profitexplosionen ausgehen könnte, übergehen allerdings die Gutachter. Sie empfehlen, die Verteilungsproportion der Jahreswende 1969/70 zu stabilisieren.

Für 1970 halten sie eine Lohnentwicklung von 4 bis 5 Prozent für möglich, zuzüglich einer Marge für den unvermeidlich gehaltenen Anstieg der Verbraucherpreise (2 Prozent). Das Wesen solcher Lohnkonzeption läuft faktisch auf die Weiterführung der konzertierten Politik der asymmetrischen Entwicklung hinaus. Diese Politik soll im Rahmen der konzertierten Aktion bei Zustimmung der Gewerkschaften zu einer sogenannten friedlichen Strategie der „präventiven Einkommenssicherung" für 1970/71 ausgehandelt werden. Dabei sollen die Unternehmer auf die „Verteidigung der Gewinnmargen von 1969" verzichten.

Die Gutachter schlagen dafür einen freiwilligen „Kontrakt" vor, nach dem sich die Unternehmer auch bei den Preisen zurückhalten sollen. Sie fordern die Bundesregierung auf, in diesem Sinne aktiv zu werden und eine Mitwirkung der Tarifpartner „unter Vorbehalt" zu erwirken. Demnach sollen die Gewerkschaften bei hohem Preisanstieg kurzfristig die Tarife kündigen können und die Unternehmer das gleiche Recht erhalten, wenn die Produktivitätsrate zurückgeht.

Dieses Konzept der Gutachter ist eine den neuen Erfahrungen entsprechende Lohnleitlinien-Politik, die die Gewerkschaften an die Produktivitätsentwicklung ketten soll. Würde diese Politik verwirklicht, dann hätten die Unternehmer und ihr Staat ein noch stärkeres Übergewicht im Verteilungskampf. Das Arbeitnehmereinkommen würde faktisch staatlich reglementiert und programmiert.

Für die Gewerkschaften muß alarmierend wirken, daß die Vorschläge und Datenmodelle im Gutachten 1969 von der Unternehmerpresse begeistert begrüßt und vom Wirtschaftsministerium faktisch als eine Anregung für die konzertierte Aktion sowie für den Wirtschaftsbericht im Januar 1970 verwendet werden. **Insgesamt will diese Politik den Gewerkschaften den Schwarzen Peter einer sehr labilen Konjunkturpolitik zuschieben. Insofern waren die Gewerkschaften zu unkritisch in ihren Stellungnahmen nach der Veröffentlichung des Gutachtens.**

Da alle Prognosen für die zweite Hälfte des Jahres 1970 eine Beruhigung der Konjunktur ankündigen, haben die Gewerkschaften einen doppelten Grund, ihre aktive Lohnpolitik fortzusetzen. Höhere Löhne und Gehälter werden sich günstig für die Erhaltung einer Nachfrage auf den inneren Markt auswirken, also günstig sein für die Erhaltung der Vollbeschäftigung und den Ausbau der sozialen Sicherheit. Die Konjunktur und die Preise ließen sich unter Kontrolle bringen, wenn die Investitions- und Preismaßnahmen der Konzerne staatlich beeinflußt und notfalls gestoppt werden.

Das Jahresgutachten 1969 ist als Institution nicht nur nicht neutral, sondern ein Integrationsinstrument. Die Gewerkschaften haben die Aufgabe, dafür zu kämpfen, daß diese Institution endlich demokratisiert wird. Mindestens die Hälfte der Gutachter sollen Gewerkschafter sein.

F. Rische

Sinkende Lohnkosten

Zahlen über Lohn- und Gewinnentwicklung seit 1966
An der Spitze: die Profitexplosion der Konzerne

Angesichts der neuen Welle inflationistischer Preissteigerungen, die von den Unternehmerverbänden — wie üblich — auf angeblich unerträgliche Lohnkostenerhöhungen zurückgeführt wird, erscheint eine Untersuchung der tatsächlichen Lohn- und Profitentwicklung der letzten Jahre am Platze. Dabei zeigt sich, daß selbst nach den von der offiziellen Bonner Statistik veröffentlichten Zahlenangaben die Löhne und Gehälter der Arbeiter und Angestellten weit hinter den Unternehmergewinnen zurückgeblieben sind.

Nach Angaben von „Wirtschaft und Statistik", Heft 9/1969, stieg die Summe der Nettolöhne und -gehälter aller Bereiche der westdeutschen Wirtschaft vom ersten Halbjahr 1966 bis zum 1. Halbjahr 1968 um 3,4 Prozent. Demgegenüber wuchs die Summe der Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen im gleichen Zeitraum um 18,9 Prozent. Im 1. Halbjahr 1969 lag die Gesamtsumme der Nettolöhne und -gehälter um 13,3 Prozent und die Summe der Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen um 30,7 Prozent höher als im 1. Halbjahr 1966.

Die Entwicklung der Löhne und Gehälter blieb außerdem weit hinter der tatsächlichen Produktionsentwicklung zurück. Das kommt im Rückgang der Anteile der Lohn- und Gehaltssumme am Umsatz zum Ausdruck. So verringerte sich zum Beispiel der Anteil der Lohn- und Gehaltssumme der in der Industrie beschäftigten Arbeiter und Angestellten am gesamten Industrieumsatz (einschl. Umsatz- bzw. Mehrwertsteuer) von 22,3 Prozent im Jahre 1966 auf 21,9 Prozent 1967 und schließlich auf 20,8 Prozent 1968. („Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland", 1967, S. 232, und 1969, S. 209.)

Allein diese Lohnkosten- bzw. Gehaltskostenverringerung macht — in absoluten Zahlen ausgedrückt — für das Jahr 1967 eine Einsparung und damit Gewinnerhöhung für die Unternehmer von rund 1,5 Milliarden DM und für 1968 eine solche von mehr als 6,5 Milliarden DM aus. Trotz dieser eindeutig rückläufigen Bewegung der Lohn- und Gehaltskosten gingen jedoch die Preise nicht zurück, sondern kletterten weiter nach oben. So verwandelten sich diese auf seiten der Arbeiter und Angestellten über die Preisentwicklung erzwungenen Einsparungen voll in zusätzliche Profite der Unternehmer.

Diese der offiziellen Statistik entnommenen Zahlen zeigen jedoch nur die halbe Wahrheit. Eine Untersuchung über die Entwicklung der Profite sowie der Löhne und Gehälter im Rahmen der 100 größten bundesdeutschen Aktiengesellschaften der Industrie vermittelt ein ziemlich genaues Bild über die in den letzten Jahren erfolgte ungeheure Verstärkung der Ausbeutung der Werktätigen und das damit im Zusammenhang stehende sprunghafte Wachstum der Profite.

Die betreffenden 100 Aktiengesellschaften beschäftigten rund 1,9 Millionen Arbeiter und Angestellte, das sind etwa 25 Prozent der Gesamtzahl der Beschäftigten der westdeutschen Industrie. Die Unternehmen haben einen Anteil am Industrieumsatz von knapp 30 Prozent.

Im Bereich dieser Unternehmen wuchsen die von den Konzerngesellschaften erzielten Nettoprofite (das sind die den Unternehmen nach Abführung der Steuern und Abgaben an den Staat zur eigenen Verfügung und zur Ausschüttung von Dividenden verbleibenden Gewinne) von 12,9 Milliarden DM im Jahre 1966 auf 18,8 Milliarden DM im Jahre 1968. Das entspricht einem Wachstum von 45,7 Prozent. Im gleichen Zeitraum stieg die Nettolohn- und -gehaltssumme der in diesen 100 Gesellschaften beschäftigten Arbeiter und Angestellten lediglich um 3,1 Prozent. Das bedeutet, daß die Profite der Konzerngesellschaften 15mal so rasch stiegen wie die Lohn- und Gehaltssumme der Arbeiter und Angestellten. Auch im Bereich dieser 100 Aktiengesellschaften der Industrie verringerte sich in diesem Zeitraum der Anteil der Lohn- und Gehaltskosten am Umsatz von 21,3 Prozent 1966 auf rund 20 Prozent 1968. (DWI-Bericht 1/1970)

Das nach der Wirtschaftskrise von 1966/67 als „Aufschwung nach Maß" propagierte wirtschaftliche Wachstum für 1968/69 offenbart sich also als eine ungeheure Profitsteigerung der Konzerne, während die Entwicklung der Löhne und Gehälter der Arbeiter und Angestellten sich in weniger als „maßvollen" Grenzen hielt.

Im Ergebnis ihrer durch Streikkämpfe und andere Aktionen im Frühjahr und Sommer 1969 erkämpften Lohnerhöhungen wurde zwar die Profitexplosion der Konzerne etwas gedämpft, jedoch durchaus nicht aufgehoben. Nach der offiziellen Statistik stiegen die Nettoeinkünfte aus Unternehmertätigkeit und Vermögen im ersten Halbjahr 1969 gegenüber dem 1. Halbjahr 1968 um 9,9 Prozent, während die Summe der Nettolöhne und -gehälter im gleichen Zeitraum lediglich um 9,7 Prozent stieg. Ungeachtet also der durch die Streikaktionen der Werktätigen erzielten Teilerfolge ist auch im ersten Halbjahr 1969 keine grundlegende Wende eingetreten.

Mit dieser Lage kann sich die Arbeiterschaft nicht abfinden. Die Monopole sind nunmehr in verstärktem Maße dazu übergegangen, mit Hilfe von Preissteigerungen und verschärften Rationalisierungsmaßnahmen in den Betrieben die erkämpften Lohnerhöhungen teilweise rückgängig zu machen. Dagegen hilft nur der entschlossene Kampf der Gewerkschaften für eine kräftige Steigerung der Löhne und Gehälter sowie für die Durchsetzung einer wirksamen demokratischen Mitbestimmung der Arbeiter und Angestellten in den Betrieben wie in der gesamten Wirtschaft und Gesellschaft. Dr. T.

Nur ganz selten bezahlter Bildungsurlaub

Für nur etwa 220 000 Arbeiter und Angestellte — von insgesamt über 20 Millionen — ist in der Bundesrepublik in 23 Tarifverträgen bezahlter Bildungsurlaub vorgesehen. Das ergab eine Auswertung des Tarifregisters beim Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung (mit Ausnahme der Firmentarifverträge) nach dem Stand von Anfang Oktober 1969. Wie der „Politisch-Gewerkschaftliche Zeitungsdienst" am 6. 1. 1970 berichtet, gelten von den 23 Tarifverträgen zehn für staatliche oder private Forstbetriebe, wobei es sich überwiegend um vom Arbeitgeber angeordnete Teilnahme an Lehrgängen zur beruflichen Fortbildung handelt.

Bezieht man den unbezahlten Bildungsurlaub in die Zählung mit ein, so gibt es insgesamt 118 Tarifverträge, die Bildungsurlaub vorsehen. Insgesamt trifft das für etwa 2,6 Millionen Arbeiter und Angestellte zu, wobei diese jedoch bei weitem nicht alle von dem Bildungsurlaub Gebrauch machen. Von den 118 Tarifverträgen gelten 84 für alle im Geltungsbereich Beschäftigten und 34 nur für Sondergruppen, hauptsächlich Betriebsräte und in wenigen Fällen für ehrenamtliche Gewerkschaftsfunktionäre im Betrieb.

Einer der 84 Verträge sieht Bildungsurlaub bis zu einer Woche vor, 19 Tarifverträge ermöglichen einen Bildungsurlaub bis zu zwei Wochen, 26 bis zu drei Wochen und einer bis zu vier Wochen.

Für echte Vermögensbildung

Ein Vorschlag, der an die Profite heranführt
Alternative zu den Vermögensbildungsplänen

Auf der wissenschaftlichen Tagung unserer Zeitschrift zum Thema „Lenin und Fragen der Gewerkschaftspolitik" im vergangenen Dezember in Nürnberg hat sich Willi Gerns, Präsidiumsmitglied des Parteivorstandes der DKP, in einem bemerkenswerten Diskussionsbeitrag mit Hintergründen, Zielen und Alternativen der „Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand" beschäftigt. Nachstehend möchten wir die von Gerns entwickelten Alternativen zu den Vermögensbildungsplänen der Herrschenden zur Diskussion stellen und bitten um Stellungnahmen. Der vollständige Wortlaut des Beitrages von Willi Gerns ist im Protokoll der wissenschaftlichen Tagung enthalten, das Ende Februar in der NACHRICHTEN-Verlags-GmbH erscheint.

Die Ziele, die das herrschende Großkapital und seine Vertreter mit der sogenannten Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand verbindet, sind auf die Festigung des staatsmonopolistischen Herrschaftssystems und die Erhöhung seiner Effektivität, gegen die Interessen der Arbeiterklasse gerichtet. Es handelt sich eindeutig um eine Reform, die Lenin als „eine vorbeugende Reaktion, ... d. h. eine dem Sturz der herrschenden Klasse vorbeugende Maßnahme (charakterisiert), die sich gegen die revolutionäre Klasse richtet ..." (W. I. Lenin, Werke, Band 6, Berlin, S. 353)

Wie sollen wir uns als Marxisten nun gegenüber solchen Reformplänen der Herrschenden verhalten? Unsere Aufgabe muß gleichzeitig in zwei Richtungen gehen:

Einmal kommt es darauf an, in unermüdlicher, selbstbewußtseinsbildender Arbeit die Reformdemagogie des Großkapitals und seiner Vertreter zu entlarven und ihre wahren Ziele und Absichten bloßzulegen, die sie mit der „Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand" verfolgen. Illusionen vom „Volkskapitalismus" müssen entschieden bekämpft und aus den Köpfen der Arbeiter ausgeräumt werden, da sie „letzlich die Position des Großkapitals nur noch mehr festigen". (Otto Brenner, Interview mit dem „Volkswirt", vom 22. 8. 1969.)

Aufklärungsarbeit allein jedoch vermag unter den jetzigen konkreten Bedingungen des Kampfes der Arbeiterklasse in der Bundesrepublik die systemstabilisierenden und gegen die Arbeiterinteressen gerichteten Gefahren der sogenannten „Vermögensbildung" nicht mehr abzuwehren. Notwendig scheint darum ferner zu sein, die Aufklärungsarbeit über den Charakter und die Ziele der von den Herrschenden vertretenen Konzeption mit der Entwicklung einer von den Interessen der Arbeiterklasse ausgehenden Alternative zu verbinden und die Arbeiter und Angestellten für den Kampf um diese Alternative zu mobilisieren.

Ausgangspunkt für die Ausarbeitung einer solchen Alternative kann das Grundsatzprogramm des DGB sein, in dem im Abschnitt II „Ziele der Wirtschaftspolitik" u. a. gesagt wird: „Die gegenwärtige Einkommens- und Vermögensverteilung ist ungerecht. Es ist dringend erforderlich, alle Volksschichten an der wirtschaftlichen Vermögensbildung zu beteiligen. Der Anspruch der Arbeitnehmer auf eine Beteiligung an dem bereits gebildeten Vermögen bleibt aufrechterhalten."

Eine von den Interessen der Arbeiterklasse ausgehende Alternative zu den „Vermögensbildungsplänen" der Herrschenden muß drei unumstößliche Grundsätze beinhalten:

1. Vermögenswirksame Leistungen für die Arbeiter und Angestellten dürfen die aktive Lohnpolitik der Gewerkschaften in keiner Weise beeinträchtigen. Sie sind, wie das der letzte Gewerkschaftstag der IG-Metall gefordert hat, zusätzlich zu den Lohn- und Gehaltserhöhungen durchzusetzen. Sie müssen also aufbauen auf den unter den jeweiligen Bedingungen maximal durchsetzbaren Lohnverbesserungen und auf Kosten der Profite des Großkapitals gehen.

Die Profite sollten entsprechend ihrer Höhe mit progressiv steigenden Abgaben für die Vermögensbildung belegt werden, die in überbetriebliche Fonds fließen, an denen alle Arbeiter und Angestellten — unabhängig von ihrer Beschäftigung in diesem oder jenem Betrieb — in gleicher Weise beteiligt werden. Die Leistungen müssen weit über die bis jetzt sowohl in der Bauwirtschaft als auch im Rahmen der staatlichen Sparförderung gewährten lächerlichen Beträge hinausgehen und tatsächlich zu einer Umgestaltung der Vermögensverteilung zugunsten der Arbeiter und Angestellten beitragen.

2. Vermögenswirksame Leistungen für Arbeiter und Angestellte können unter keinen Umständen ein Ersatz für die gewerkschaftlichen Forderungen nach Mitbestimmung und nach Überführung der Grundstoff- und Schlüsselindustrien in öffentliches Eigentum sein. Die Möglichkeiten der Vermögensbildung sind selbst im günstigten Falle äußerst begrenzt. Durch sie können die wachsende, unkontrollierte Macht des Goßkapitals und die daraus entspringenden Gefahren für Frieden, Demokratie und soziale Sicherheit nicht gebannt werden.

Otto Brenner findet unsere Zustimmung, wenn er feststellt, daß die „vermögenspolitischen Vorstellungen nichts von dem gesellschaftsverändernden Rang der Mitbestimmung" haben. Vermögenspolitische Maßnahmen können daher nur eine flankierende Rolle spielen, die entscheidende Bedeutung kommt dem Kampf um echte Mitbestimmung und Überführung der Grundstoff- und Schlüsselindustrien in öffentliches Eigentum, bei maßgebender Mitbestimmung der Arbeiter und Angestellten und ihrer Gewerkschaften in den öffentlichen Unternehmen zu.

3. Damit vermögenspolitische Maßnahmen in diesem Gesamtkonzept eine positive Rolle spielen können, ist es erforderlich, die vermögenswirksamen Leistungen für die Arbeiter und Angestellten in Fonds zu konzentrieren, die jeder Verfügungsgewalt durch das Großkapital entzogen sind und der Selbstverwaltung der Arbeiter und Angestellten und ihrer Gewerkschaften unterstehen. Die Mittel dürfen nicht an die Anlage im jeweiligen Unternehmen gebunden sein, sondern müssen schwerpunktmäßig als Ergänzung zur Mitbestimmung und Kontrolle für die Zurückdrängung der Macht des Großkapitals und die Schaffung von Positionen der Arbeiterklasse eingesetzt werden.

Ein solches klassenmäßiges vermögenspolitisches Konzept kann nur im erbitterten Klassenkampf gegen das Monopolkapital und seine politischen Vertretungen durchgesetzt werden, da es sowohl in die Profit- wie in die Machtsphäre des Großkapitals eingreifen würde. Der Kampf um seine Verwirklichung kann darum den von der Vermögenspolitik der Herrschenden ausgehenden Integrationsgefahren entgegenwirken. Er kann dazu beitragen, die Klassenfronten deutlicher zu machen und in der Arbeiterklasse die Erkenntnis dafür zu wekken, daß ihre Interessen letztlich die Überwindung der Macht des Monopolkapitals und die Überführung aller entscheidenden Produktionsmittel in gesellschaftliches Eigentum verlangen.

Besser informiert durch NACHRICHTEN

THESEN

zum „Standort der Gewerkschaften in der Bundesrepublik im Kampf für grundlegende gesellschaftliche Veränderungen" — Vorgelegt von Josef Ledwohn auf der wissenschaftlichen Tagung „Lenin und Fragen der Gewerkschaftspolitik" am 6. und 7. Dezember 1969 in Nürnberg

I

Im Jahre 1969 ist die Aktivität der demokratischen Kräfte gegen die Rechtsentwicklung, gegen die CDU/CSU und den mit ihnen verflochtenen Neonazismus gewachsen. In der Arbeiterklasse gab es einen beachtlichen Aufschwung im Kampf zur Wahrung und Durchsetzung sozialer Interessen. Damit traten neue Elemente im Bundestagswahlkampf auf, die dazu beitrugen, die Ablösung der 20jährigen Regierungsherrschaft der CDU/CSU zu ermöglichen.

Die von der SPD geführte Regierungskoalition stellt die Arbeiterklasse und die Gewerkschaften vor eine neuartige Lage und neue Aufgaben.

II

Im Interesse der Durchsetzung der dringend notwendigen Forderungen der Arbeiterschaft ist es erforderlich, den Charakter der neuen Regierung zu untersuchen. Die ökonomische Macht, die politische Herrschaft, der militärische und staatliche Apparat einschließlich der Justiz liegen nach wie vor in den Händen der Monopol- und Konzernherren. Diese Klassenherrschaft wird von dem Regierungswechsel nicht berührt. Es wäre darum völlig verfehlt, den Regierungswechsel als Machtwechsel einzuschätzen. Dennoch darf man eine von der SPD geführte Regierung nicht mit einer CDU/CSU-Regierung gleichsetzen. Die SPD/FDP-Koalition wird, bei entsprechendem Druck von unten, dem Willen des Volkes stärker Rechnung tragen müssen.

III

Unter Berücksichtigung dieser grundlegenden Tatsachen ist es richtig, daß die Gewerkschaften mit einem Konzept von Arbeiterforderungen an die Regierung herangetreten sind und die Regierung, ihre Tätigkeit und ihren Wert für die Arbeiterklasse daran messen wollen, wie diese Forderungen der Werktätigen erfüllt werden.

IV

Die Gewerkschaftsführungen haben in der Regierungszeit der Großen Koalition — aus Loyalität der SPD gegenüber — an der „Konzertierten Aktion" teilgenommen. Das hat die Bewegungsfreiheit der Gewerkschaften eingeengt und den Arbeitern und Angestellten Nachteile gebracht. Die Erfahrungen beweisen, daß jedes Stillhalten der Gewerkschaften der Regierung gegenüber dem werktätigem Volke schaden würde.

Die Selbständigkeit und Unabhängigkeit der Gewerkschaften, auch dieser Regierung gegenüber, ist unabdingbar, um die Arbeiter und Angestellten zum Kampf gegen die Monopolherrschaft mobilisieren zu können. Die Monopole wollen auch diese Regierung benutzen, um ihre Profit- und Machtinteressen durchzusetzen. Die Gewerkschaften sollten jedem Druck von rechts auf die Regierung entgegentreten.

V

In dieser Lage einer veränderten politischen Landschaft gewinnt eine gewerkschaftspolitische Gesamtkonzeption für den Kampf der Arbeiterklasse und aller anderen demokratischen Volkskräfte gegen die Rechtsentwicklung, die Großmachtpolitik der Monopole und für die Durchsetzung der sozialen und demokratischen Interessen der Arbeiter und Angestellten erstrangige Bedeutung. Eine solche gewerkschaftspolitische Gesamtkonzeption kann sich auf zahlreiche Erkenntnisse und Teilforderungen stützen, die in richtiger klassenmäßiger Einsicht im Grundsatzprogramm des DGB und zahlreichen gewerkschaftlichen Organisationen erhoben werden und auch in vielen Beschlüssen von Gewerkschaftstagungen festgelegt wurden.

Die Forderungen des DGB-Bundesvorstandes an die neue Regierung, die einseitige und ungerechte Herrschaftsstruktur in der Wirtschaft durch Mitbestimmung zu beseitigen, und die Zielprojektion des DGB zur Verbesserung der sozialen Lage der Arbeiter, Angestellten und Beamten für die ersten 70er Jahre, können einer Gesamtkonzeption der Gewerkschaften eine klassenmäßige Richtung geben. Es gilt aber zu beachten, daß es auch große Illusionen über die von Schiller betriebene Wirtschaftspolitik gibt, als würde diese den gewerkschaftlichen Vorstellungen von einer sozialen Demokratie entsprechen, in der die Arbeiterklasse, ihrer Bedeutung in der Gesellschaft entsprechend, einen maßgeblichen Einfluß ausübt.

VI

Alle Theorien, daß die Arbeiterklasse ihre historische und gesellschaftliche Rolle, ihre Mission im Kampf zur Überwindung des Kapitalismus eingebüßt habe, sind, besonders in den letzten Jahren, widerlegt. Dennoch wirken solche bürgerlichen Theorien weiter auf die Gewerkschaftspolitik ein. Das geschieht mit dem Ziel, die Gewerkschaften in das spätkapitalistische System zu integrieren.

Die Arbeiterschaft in der Bundesrepublik formiert sich als politisch-sozial-handelnde Klasse in dieser historischen Situation unter den Bedingungen des staatsmonopolistischen Kapitalismus. Sie steht mächtigen Monopolverbänden gegenüber, die, eng mit dem Staat verflochten, die Ausbeutung der Arbeiter verschärfen und zur Sicherung ihrer Kapitalherrschaft den Staats- und Gesellschaftsmechanismus immer mehr ausbauen, um das Volk niederzuhalten.

Die neue Stufe der staatsmonopolistischen Machtzusammenballung ist gekennzeichnet durch die staatlich geförderte Konzentration und Zentralisation des Kapitals der führenden Konzerne selbst. Der Prozeß der Aufsaugung kleiner und mittlerer kapitalistischer Unternehmungen verstärkt sich immer mehr. Die rüstungswirtschaftlichen Zweige der Industrie sind der besondere Schwerpunkt des Konzentrations- und Zentralisationsprozesses. Dabei spielen die neuen staatlichen Rüstungsprogramme für die Flugzeug- und Raketenindustrie, die Atomwirtschaft, die elektronische und chemische Industrie, der Fahrzeugbau und die Energiewirtschaft eine besondere Rolle bei den Fusionen. Es entsteht ein immer mächtigerer Militär-Industrie-Komplex, der sich zum eigentlichen Zentrum des staatsmonopolistischen Herrschaftssystems entwickelt.

Der sprunghaft verstärkte Kapitalexport zeigt, daß der deutsche Imperialismus in eine Etappe verstärkter Expansion nach außen eingetreten ist. Die ökonomische Expansion dient dem Großkapital zur Erweiterung seiner politischen Machtpositionen in der Welt und seinem Vorherrschaftsstreben in Westeuropa. Aus diesen Tendenzen der Konzentration und Expansion des Großkapitals resultiert im Innern, in Politik, Ideologie und Staatsapparat, der Rechtskurs. Er zeigt, daß das ökonomische Monopol grundsätzlich zum politischen Monopol, zum Rechtskurs auf der ganzen Linie drängt, damit die Demokratie in Frage stellt und die Gefahr faschistischer oder diktatorischer Regime hervorruft. Das sind die wesentlichen Merkmale der Monopolherrschaft, mit der die Arbeiterklasse heute konfrontiert ist. Sie bestätigen völlig die Lehre Lenins vom Imperialismus.

VII

Gerade diese Herrschaftsverhältnisse des staatsmonopolistischen Kapitalismus und die fortschreitende wissenschaftlich-technische Revolution zwingen die Arbeiterschaft, einheitlich und geschlossen als Klasse für den Erhalt ihres Lebensstandards und dessen Verbesserung zu kämpfen. Wenn der staatsmonopolistische Kapitalismus auch noch über Möglichkeiten verfügt, gewisse soziale Zugeständnisse zu machen, so wirkt insgesamt die Tendenz weiter, den Lohnanteil zu senken oder möglichst auf einem niedrigen Stand zu halten. Der staatsmonopolistische Kapitalismus

kann die soziale Unsicherheit nicht beseitigen; die Arbeitsintensität wird perfektioniert, die Arbeitskraft immer schneller verschlissen.

VIII

Die spontanen Streikbewegungen der letzten Zeit sind ein Beweis dafür, daß sich der Klassenkampf in der Bundesrepublik wie in den anderen Ländern des Kapitals verschärft. Sie haben unterstrichen, daß von einem Interessenausgleich zwischen Arbeiterklasse und Monopolkapital keine Rede sein kann. Die Bewegung enthüllte den tiefen Klassengegensatz zwischen Arbeit und Kapital und machte augenfällig, daß es keine Integration der Arbeiterklasse in die spätkapitalistische Gesellschaft geben kann.

Eine der drückendsten Bedingungen, unter denen die Arbeiter heute leben müssen, ist die ins Maßlose gesteigerte Rüstungslast, die am deutlichsten den aggressiven parasitären Charakter der spätkapitalistischen Gesellschaft zeigt. Angesichts der drohenden Gefahren einer Ausweitung bestehender kriegerischer Konflikte und einer möglichen nuklearen Kriegskatastrophe, die zum Untergang ganzer Völker führen würde, erwächst den Gewerkschaften aus ihrer Tradition und gesamtgesellschaftlichen Verantwortung die Pflicht, ihren ganzen Einfluß zu gebrauchen, um allen imperialistisch-militaristischen Umtrieben entgegenzutreten, den Frieden zu sichern und eine Politik der friedlichen Koexistenz durchsetzen zu helfen.

Durch die Aufrüstung wird ein wachsender Teil des gesellschaftlichen Gesamtprodukts dem wirtschaftlichen Kreislauf entzogen und unproduktiv verwandt. Dies ist auch eine der Hauptursachen für die wachsende Verschuldung der Länder, Städte und Gemeinden, für den Bildungsnotstand und andere soziale Mißstände. Die Aufrüstung bürdet den werktätigen Massen ständig wachsende Lasten auf, bringt aber den Monopolen staatlich gesicherte und ständig steigende Milliarden-Gewinne. Zu den am meisten aufreizenden Tatsachen von heute gehört, daß eine kleine Gruppe von Großkapitalisten Milliarden-Summen als ihr Privateigentum anhäuft. Diese kleine Gruppe der Bevölkerung, die Hochfinanz und ihr Anhang, sind reicher als über 90 Prozent des ganzen Volkes. Die Kluft zwischen ihnen und den arbeitenden Volksmassen wird immer größer. Diese verschwindend kleine Minderheit verliert zunehmend jede Funktion im Produktionsprozeß, lebt ausschließlich nur von Dividenden und Tantiemen. Diese Leute, deren Interessen Staat, Wirtschaft und Politik beherrschen, sind bloße Müßiggänger, sind Parasiten und Schmarotzer am Volkskörper.

Der staatsmonopolistische Charakter des heutigen Kapitalismus, die Einschaltung des Staates in die Wirtschaft, staatliche Regulierung, Globalsteuerung, wachsende Zusammenballung von wirtschaftlicher Macht und gesellschaftlichem Reichtum in öffentlicher Hand — entsprechend den Interessen der Monopole — können aber die innere Fäulnis und Labilität des spätkapitalistischen Systems nicht aufheben.

Der sich vertiefende Antagonismus zwischen dem die Demokratie negierenden Imperialismus und den zur Demokratie strebenden Volksmassen — wie Lenin das ausdrückte — schafft objektiv neue Möglichkeiten für die Einbeziehung breitester gesellschaftlicher Schichten in den Kampf für eine fortschrittliche Demokratie, für die Bündnispolitik der Arbeiterklasse und ihrer Organisation.

IX

Für die Arbeiterklasse in der Bundesrepublik Deutschland ist es besonders verhängnisvoll, daß in der Arbeiterbewegung die Abwehrkräfte gegen die geistige Manipulierung der Arbeiter durch Monopole, Staat und reaktionäre wie kleinbürgerlich-reformistische Parteien ungenügend entwickelt sind, so daß das Klassenbewußtsein sich nur langsam entwickelt. Daraus ergibt sich für die Gewerkschaften, als Interessenvertreter der Arbeiterklasse, als Organisatoren der täglichen Kämpfe für sozial-ökonomische und demokratische Forderungen besonders vordringlich die Aufgabe, sich selbst als Schulen des Klassenkampfes zu verstehen und auch zu entwickeln. Die klassenmäßige Bewußtseinsbildung von 80 Prozent der Bevölkerung, die zur Arbeiterklasse gehören, das ist heute eine für die Zukunft entscheidende Tätigkeit der Gewerkschaften.

Die heute vorherrschenden Ideen sind trotz ihres oft modern erscheinenden Zuschnitts die Ideen der Klassenherrschaft des staatsmonopolistischen Kapitalismus und dienen der gesellschaftlichen Unterdrückung der Arbeiterklasse und des ganzen Volkes. Die Gewerkschaften können ihre organisierten Kräfte nur dann voll im sozialen und demokratischen Kampf einsetzen, wenn sie die bürgerliche Ideologie entschieden bekämpfen, wenn sie mithelfen, das Klassenbewußtsein zu entwickeln und so damit beitragen, der reaktionären Ideologie der Monopole den Klassenstandpunkt der Arbeiter entgegenzustellen.

X

Die Gewerkschaften konnten in der vergangenen Periode durch ihre Anstrengungen den Arbeitern helfen, ihren Lebensstandard zu verbessern. In den Jahren 1967/68 sind sie aber dieser ihrer wichtigsten Funktion nicht gerecht geworden. Die Reallöhne stagnierten, zum Teil sanken sie. Eine aktive Lohnpolitik bei stärkster Mobilisierung der Arbeiter, Angestellten und Beamten ist nötig, um die großen Möglichkeiten für die Erhöhung des Lebensstandards zu nutzen, die in unserer Zeit hoher Produktivitätssteigerungen gegeben sind.

Viele Beispiele zeigen, daß den Monopolen und dem Staat große Zugeständnisse abgerungen werden können. Die Existenz der DDR und ihre Politik für die Interessen der Werktätigen schaffen für die Arbeiter in der Bundesrepublik eine neue objektive und positive Bedingung, sich gegen die Macht der Monopole und des Staates besser durchzusetzen. In der aktiven Auseinandersetzung für die sozialen und demokratischen Forderungen erkennen die Arbeiter und Angestellten am besten das Wesen des staatsmonopolistischen Kapitalismus und die Unversöhnlichkeit des Gegensatzes zwischen den Arbeitern und den Monopolen. Diesen unversöhnlichen Klassengegensatz bewußt zu machen, erfordert große Anstrengungen in den Arbeiterorganisationen. Diese Aufgabe ist von ausschlaggebender Bedeutung, da die Entwicklung der Aktivität der Arbeiterklasse und die Ausbreitung ihrer gesellschaftsverändernden Ideen maßgeblich von der Höhe des Klassenbewußtseins, der Erkenntnis des Gegensatzes zwischen Arbeiterklasse und monopolistischer Großbourgeoisie abhängen.

XI

Die Gewerkschaften begreifen sich heute als demokratische Organisationen, denen die Rolle zukomme, für demokratische Reformen einzutreten und den gesellschaftlichen Fortschritt durchzusetzen. Dabei wirken im wesentlichen zwei Ursachen: einmal die Erfahrungen, die die Gewerkschaften von 1933 bis 1945 machen mußten und zum zweiten wirkt die volle Herausbildung des staatsmonopolistischen Kapitalismus, der die Unterordnung der Mehrheit des Volkes unter die Macht des Kapitals noch mehr verstärkt.

Mit dem Streben nach einer allgemein demokratischen Gewerkschaftspolitik vermischen sich richtige Forderungen der Arbeiter zur Einschränkung der Macht der Monopole mit Vorstellungen und Praktiken, die nur zur Stabilisierung und Perfektionierung des staatsmonopolistischen Kapitalismus führen können. Das zeigte sich auch im Verhalten von Gewerkschaftsführungen zur Politik der Regierung der großen Koalition und besonders zur Rolle der SPD-Minister in dieser Regierung. Gerade deshalb ist es notwendig, im Zusammenhang mit den Forderungen nach Mitbestimmung, ihren Klasseninhalt zu erläutern.

Kampf um Mitbestimmung, das ist der Kampf der Arbeiter gegen die Monopole um Einfluß in Wirtschaft, Staat und Gesellschaft. Es geht hier zuerst um einen Teil der Macht und letztlich aber um die ganze Macht für die Arbeiterklasse. Dabei darf keineswegs die jeweils aktuelle konkrete Aufgabe auf Teilgebieten außer acht gelassen werden, wie z. B. die Durchsetzung der qualifizierten Mitbestimmung. Es kommt darauf an, an der Teilaufgabe die Richtung des Kampfes, den Klassenanspruch zu zeigen und geltend zu machen.

Mit allen Mitteln und aller Energie sind Vorstellungen zu bekämpfen, wodurch die Mitbestimmung in ein Mittel der Klassenharmonie umgefälscht werden soll. Es gilt aber auch, allen scheinbar radikalen Losungen entgegenzutreten, die unter Berufung auf den Sozialismus den Kampf um Mitbestimmung ablehnen. Die Erfahrungen der

Arbeiterbewegung beweisen, daß der Kampf um den Sozialismus gesetzmäßig den Kampf um grundlegende demokratische Reformen, um eine antiimperialistische Demokratie erfordert.

Der Marxismus hat stets den Kampf um demokratische fortschrittliche Reformen als Bestandteil des Klassenkampfes für den Sozialismus verstanden und unterstützt. Unter den Bedingungen des staatsmonopolistischen Kapitalismus wird der Unterschied zwischen Reformen und Revolution immer fließender. Bei voller Entfaltung des Kampfes um demokratische Reformen wächst dieser zwangsläufig in den Kampf um grundlegende gesellschaftliche Veränderungen hinüber. In diesem Stadium des Kampfes geht es um die Macht, um die Machtinstrumente des Staates für die Arbeiterklasse, für das ganze werktätige Volk. Andernfalls bleiben die demokratischen Reformen unzulänglich, unvollendet. Darum ist jede Gegenüberstellung des Kampfes um Demokratie und um Sozialismus falsch und abzulehnen.

XII

Die Gewerkschaften als die größte Massenorganisation begreifen sich trotz ihrer demokratischen Vorstellungen und Reformforderungen noch nicht als Teil einer notwendigen demokratischen Volksbewegung für den gesellschaftlichen Fortschritt. Ansätze dazu gab es im Kampf gegen die Notstandsgesetze und gibt es in den Aktionen gegen das provokatorische Auftreten der NPD und der Kräfte einer sich formierenden neuen Harzburger Front. In diesen Bewegungen hatten Angehörige der Intelligenz, Studenten und Schüler einen großen Anteil. Das ist auch deshalb besonders bedeutsam, weil große Teile der Intelligenz ihrer gesellschaftlichen Funktion nach sich immer mehr der Arbeiterklasse annähern und mit ihr zum Teil verschmelzen.

Eine aktive Gewerkschaftspolitik erfordert aber auch, daß die Gewerkschaften, die ihre gesellschaftspolitischen Aufgaben erfüllen wollen, ein neues Verhältnis zu den Bauern finden, die um ihre Existenz kämpfen. Das gilt auch für die kapitalistischen Kleineigentümer in den Städten, die von den Monopolen niedergehalten oder dem Ruin preisgegeben werden. Die Arbeiterbewegung würde sich selbst schaden, wenn sie diese kleinbürgerlichen Schichten dem politischen Einfluß der Monopole überlassen würde. Gerade diese sozialen Schichten sind besonders empfänglich für bürgerliche Gesellschaftsmodelle. Wie die historische Erfahrung beweist, sind diese leicht für faschistische Bewegungen zu mißbrauchen.

XIII

Aktive Gewerkschaftspolitik als Klassenpolitik gegen die Monopolherrschaft, als Politik demokratischer Reformen verstanden, muß auch das Verhältnis der Gewerkschaften zu den Parteien klären. Es gilt, das programmatisch festgelegte Prinzip der Unabhängigkeit und Selbständigkeit der Gewerkschaften zu wahren und zu stärken. Das Verhältnis zu den Kommunisten, die im Betrieb und in Gewerkschaft eine aktive Klassenpolitik, eine zielstrebige sozialistische Überzeugungsarbeit leisten, und bei der Durchsetzung der der Arbeiterklasse dienenden Gewerkschaftsbeschlüsse eine aktive Rolle spielen, ist gegenwärtig besonders wichtig.

Die Kommunisten sind in den Gewerkschaften eng mit den sozialdemokratisch orientierten Kollegen verbunden, die aus ihren Klasseninteressen heraus richtige gesellschaftspolitische Vorstellungen für die Gewerkschaftspolitik entwickeln. Der DGB und die ihm angeschlossenen Gewerkschaften sind Einheitsgewerkschaften. Die in ihr wirkenden politischen Kräfte können nur daran gemessen werden, welchen Beitrag sie zur Stärkung der Gewerkschaftsbewegung leisten. Dabei kann und darf es keine ideologischen Bevormundungen geben. Einziges Kriterium ist die konsequente Vertretung der Interessen der Arbeiter und Angestellten.

Christliche und parteilose Arbeiter müssen mit Kommunisten und Sozialdemokraten in den Gewerkschaften gleichberechtigt sein.

Mitglieder der NPD können nicht Mitglieder der Gewerkschaften sein. Im Betrieb ist besonders durch den Vertrauensleutekörper der Gewerkschaften der Demagogie der NPD entgegenzutreten. Zugleich sollte jedoch um jeden einzelnen Arbeiter politisch-ideologisch gerungen werden, der zeitweilig der Verführung der Neonazis zum Opfer gefallen ist.

XIV

Es ist eine bedenkliche Erscheinung, daß der Anteil der im DGB organisierten Arbeiter und Angestellten an der Gesamtzahl aller Arbeitnehmer stagniert. Die Lösung der jetzigen und künftigen Aufgaben der Gewerkschaften erfordert aber dringend, die Gewerkschaften weiter zu stärken, die Zahl ihrer Mitglieder zu steigern. Wenn auch die Organisiertheit der Arbeiterklasse nicht allein an der Zahl der Gewerkschaftsmitglieder gemessen werden kann, so ist sie doch ein Gradmesser auch für ihren politischen Bewußtseinsstand. Eine höhere Organisiertheit der Arbeiterschaft in den Gewerkschaften würde neue Möglichkeiten eröffnen, eine demokratische, gesellschaftsverändernde Gesamtkonzeption im Kampf durchzusetzen.

Es ist darum Aufgabe aller sozialistisch und marxistisch orientierten Arbeiter, unermüdlich für die Gewerkschaft zu werben und sie zahlenmäßig zu stärken. Die beste Werbung für die Gewerkschaften ist eine aktive Gewerkschaftspolitik. Unter diesem Gesichtspunkt ist es besonders wichtig, den Charakter der Gewerkschaften als Repräsentanten der ganzen Klasse zu unterstreichen, d. h. es darf kein zünftlerisches sektiererisches Verhältnis zu den Arbeitern geben, die noch nicht Mitglieder der Gwerkschaften sind.

In der Vorbereitung zum Außerordentlichen DGB-Kongreß, der Vorschläge für eine Organisationsreform zu beraten und zu beschließen hat, sollte eine Aufgabe voranstehen: die Gewerkschaftsorganisationen an der Basis, im Betrieb zu stärken. Dort, wo der tägliche Kleinkrieg der Arbeiter mit den Monopolherren ausgefochten wird, muß Verantwortung und Spielraum für Entscheidungen und Initiativen als organisationspolitische Richtlinie festgelegt werden. Das allein garantiert, daß die Gewerkschaften laufend über die reale Lage in den Betrieben und Büros informiert werden, damit sie daraus die notwendigen Schlußfolgerungen für einen wirksamen gesamtgewerkschaftlichen Kampf ziehen können.

Von diesen demokratischen Prinzipien ausgehend, ist die Wählbarkeit aller Leitungen und Funktionäre von unten und die Rechenschaftslegung der Leitungen und Vorstände den Mitgliedern oder Delegierten gegenüber durchgängig beizubehalten und statuarisch festzulegen.

Von einer gewerkschaftsfremden Ideologie her wird im Zusammenhang mit einer Organisationsreform gefordert, als Zentrum einer solchen Reform eine Konzentration von Entscheidungsbefugnissen beim Bundesvorstand des DGB vorzunehmen. Offen wird gesagt, das sei notwendig, um die Gewerkschaftspolitik stärker an die Konzeption der jeweiligen Regierungen zu binden und die Gewerkschaft als „Ordnungsfaktor" in die bestehende Klassen- und Machtstruktur zu integrieren. Das ist eine gewerkschaftsfeindliche Linie; sie muß entschieden bekämpft werden.

XV

Der DGB und seine Industriegewerkschaften stehen durch die rasche Konzentration des Kapitals, die Herausbildung internationaler mächtiger Monopole, vor der Notwendigkeit, alle Kräfte zu unterstützen, die eine international orientierte Front der Arbeiter gegen das internationale Kapital organisieren wollen.

Der Kampf für Frieden, die friedliche Koexistenz, der Kampf gegen die Vietnam-Aggression, gegen die faschistischen und militaristischen Terrorregime — das alles sind positive Erscheinungen in den Gewerkschaften, die in Zukunft die Politik und die Aufgaben der Gewerkschaften noch mehr prägen werden. Dem gegen die Arbeiterklasse und ihre Aktivitäten einheitlich vorgehenden Imperialismus gilt es die einheitliche Front der internationalen Gewerkschaftsbewegung entgegenzustellen. Dazu ist es notwendig, den Antikommunismus in den nationalen Gewerkschaftsorganisationen zurückzudrängen.

Die Existenz der DDR übt auf die Arbeiterklasse der Bundesrepublik einen wachsenden positiven Einfluß aus. Der Aufbau der entwickelten sozialistischen Gesellschaft in der DDR schafft objektiv für den Kampf der Werktätigen bei

uns in der Bundesrepublik um die täglichen sozialen Belange, die demokratischen Forderungen und langfristigen Reformprogramme eine neue günstige Lage. Der Konzernherrschaft in unserem Land steht jetzt auch die Arbeiter- und Bauernmacht in der DDR mit ihrem Beispiel einer neuen Gesellschaftsordnung gegenüber.

Dieses neue Kräfteverhältnis gilt es ständig im Kampf für die eigenen Interessen zu nutzen. Durch gute Beziehungen der Arbeiterschaft der Bundesrepublik zu den Werktätigen der DDR und ihren Organisationen können die eigenen Positionen im Kampf gegen Monopolherrschaft, Rechtsentwicklung und Ausbeutung, für Frieden und sozialen Fortschritt wesentlich verbessert werden.

XVI

Damit die Gewerkschaften ihrer Rolle und ihren Aufgaben gerecht werden können, ist es nötig, ihre Bildungsarbeit tatkräftig zu unterstützen. Auf diesem Gebiet ist eine große Anstrengung und auch eine prinzipielle Position erforderlich. In der staatsmonopolistischen Gesellschaft wird die ideologische Einwirkung der Herrschenden auf die Arbeiter fabrikmäßig betrieben. Es wäre aber gefährlich, dieser Manipulierung eine absolute Wirkung zuzuschreiben. Gerade die Gewerkschaften als Massenorganisationen mit ihrem verästelten Apparat in den Betrieben, ihren Zeitungen und Zeitschriften, den Schulen, Versammlungen usw. sind in der Lage, gegen die bürgerliche, antihumane Ideologie des Spätkapitalismus die eigene humanistisch-soziale Ideologie der Arbeiterklasse massenhaft durchzusetzen. Jeder gewerkschaftlich organisierte Sozialist, Kommunist und Marxist sollte seine Aufgabe erkennen und sich aktiv in die Agitation und Bildungsarbeit der Gewerkschaften einschalten und helfen, ihr eine klassenbetonte Richtung zu geben.

XVII

Die Gesamtpolitik der Gewerkschaften für die 70er Jahre sollte — in marxistischer Sicht — auf folgende Hauptpunkte orientieren:

1. Angesichts der Konzentration und Zentralisation des Großkapitals und seiner Verschmelzung mit dem Staat zu einem einheitlichen Herrschaftssystem, ist es die Grundaufgabe der Gewerkschaften, eine gesellschaftliche Gegenmacht zu organisieren und mit einem klassenmäßig orientierten Gesamtkonzept der Herrschaft der Monopole entgegenzutreten. Diese gesellschaftliche Gegenmacht ist die organisierte Arbeiterklasse als Kern eines breiten demokratischen Volksbündnisses. Um diese Rolle spielen zu können, sind Anstrengungen zu unternehmen, um die Zahl der Mitglieder der Gewerkschaften des DGB wesentlich zu erhöhen und den Vertrauensleutekörper in Betrieben, Büros, Kaufhäusern und Institutionen durchgängig aufzubauen und zu aktivieren.

2. Die wichtigste Funktion der Gewerkschaften besteht darin, den Lebensstandard der Arbeiter und Angestellten zu sichern und ständig zu verbessern. Dabei ist von Maßstäben auszugehen, die der Entwicklung der Produktivkräfte entsprechen. Die wissenschaftlich-technische Entwicklung, die Automatisierung der Industrieproduktion, Dienstleistungs- und Verwaltungsprozesse ermöglicht z. B. die Verdoppelung des Einkommens der Arbeiter in überschaubarer Zeit, eine weitere Verkürzung der Arbeitszeit, längeren Urlaub, Sicherheit im Alter und bei Krankheit. Einer solchen Entwicklung steht die Macht des staatsmonopolistischen Herrschaftssystems mit einer Wirtschaftspolitik entgegen, deren Richtschnur der höchste Profit ist. Darum erfordert die Durchsetzung des sozialen Fortschritts auf allen Gebieten den entschlossenen Kampf der Arbeiter und Angestellten in Betrieb und Gesellschaft.

3. In den 70er Jahren gilt es, die einseitige und ungerechte Herrschaftsstruktur in der Wirtschaft zu beseitigen und weitere grundlegende demokratische Reformen durchzusetzen. Dazu gehören:

a) Die Mitbestimmung der Gewerkschaften in den Großunternehmen mit Entscheidungsmöglichkeiten und direktem Einfluß auf die Produktion, die Unternehmenspläne, die Personalpolitik, auf Löhne, Preise und Investitionen. — Die Mitbestimmungsvorschläge des Bundesvorstandes des DGB können dafür ein Ausgangspunkt sein.

b) Die Mitbestimmung gilt es auf den gesamten gesellschaftlichen Raum auszudehnen. — Vordringlich ist dabei die Einflußnahme auf die Wirtschaftspolitik des Bundes, der Länder und auch der Städte. Es geht um die staatliche Sicherung der Preisstabilität, die Förderung des sozialen Wohnungsbaus, die Beseitigung der Bodenspekulationen, die Sicherung der Arbeitsplätze — es geht nicht zuletzt um die Bildung und die berufliche Weiterentwicklung der jungen Generation aber auch aller Arbeitnehmer.

Immer wichtiger wird die Einflußnahme auf die Haushaltspolitik aller Ebenen. Dabei muß eine radikale Senkung der Rüstungskosten und die Streichung der Gelder für die Praktizierung der Notstandsgesetze und die Außenexpansion des Konzernkapitals durchgesetzt werden.

c) Mitbestimmung auch in einer demokratischen Gesamtplanung. — Die staatliche Planifizierung hat nicht auszugehen von der Profitmaximierung, sondern von den Bedürfnissen der Bevölkerung.

Für den im öffentlichen Besitz befindlichen Wirtschaftssektor ist ein Gesamtplan auszuarbeiten, damit dieser starke Wirtschaftskomplex eine mitbestimmende Macht im Wirtschaftsgeschehen werden kann. Die Betriebe, Institutionen und Unternehmungen der öffentlichen Hand sind als soziale Mustereinrichtungen mit hoher Leistungsfähigkeit auszubauen, damit sie so als ökonomischer und politischer Faktor zur Einschränkung der Monopolvorherrschaft wirken können.

d) Überführung der Schlüsselindustrien, Banken und Großversicherungen in öffentliches Eigentum. — In unserer Zeit, da der Kapitalismus als Wirtschafts- und Gesellschaftsform überlebt ist und überwunden werden muß, können die notwendigen demokratischen Reformen nur vollendet werden, wenn die entscheidenden Großunternehmungen der Elektroindustrie, der Chemie, der Atomwirtschaft, des Fahrzeugbaus, der privaten Banken und Großversicherungen in öffentliches Eigentum übergeführt werden.

Zusammen mit den jetzt bereits in öffentlichem Besitz befindlichen Produktionsstätten und Dienstleistungsbetrieben entsteht dann die wirtschaftliche Grundlage für eine demokratische Gesellschaft, in der das Volk wirklich über seine Geschicke in Wirtschaft und Gesellschaft demokratisch bestimmen kann. In einer gesellschaftspolitisch so organisierten demokratischen Gesellschaft wird es keine Großkapitalisten mehr geben, die durch ihre ökonomische Macht den politischen Kurs der Bundesrepublik auf Expansion, Rüstung und Kriegsvorbereitungen ausrichten könnten.

e) Im Kampf um eine solche demokratische Gesellschaft werden den Gewerkschaften, der ganzen Arbeiterklasse neue Erfahrungen zukommen, die bestätigen würden, daß die Gesellschaft unter Führung der Arbeiterklasse — und ohne das Großkapital — besser vorankommen kann.

Diese großen gesellschaftspolitischen Fragen ständig in der gewerkschaftlichen Bildung und Erziehung zu vertreten, trägt dazu bei, das demokratische und letztlich auch das sozialistische Bewußtsein in der Arbeiterklasse zu verbreiten. So wird sich die Arbeiterbewegung auch in ihrer größten Massenorganisation befähigen, den sozialistischen Entwicklungsweg zu erkennen.

Im Verlaufe dieser Entwicklung könnten sich die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der DDR normalisieren und ständig erweitern. In weiten Bereichen würden die Interessen der Arbeiterorganisationen in den beiden deutschen Staaten miteinander koordiniert werden können. Das wäre ein gewerkschaftlicher Beitrag für die Annäherung der beiden deutschen Staaten, für einen realistischen Weg zu Frieden und Sicherheit in Deutschland und in Europa.

f) Die im DGB vereinten Gewerkschaften werden in der internationalen Gewerkschaftsbewegung eine bedeutsamere Rolle spielen, wenn sie sich bewußt mit allen Klassenkräften in der Welt, allen progressiven, antiimperialistischen Kräften verbinden.

Die Einheit der internationalen Gewerkschaftsbewegung wieder herzustellen, muß in den DGB-Gewerkschaften konsequent angestrebt werden. Diese Konzeption einer klassenmäßigen Gewerkschaftspolitik — die es gilt in geduldiger, beharrlicher Aufklärungsarbeit durchzusetzen — wird die Gewerkschaften des DGB befähigen, in den großen Entscheidungen unserer Zeit ihre Rolle zu spielen: Den Frieden sichern, die Demokratie entfalten, die Ausbeutung beseitigen und eine neue Gesellschaftsordnung durchzusetzen.

Standort der Gewerkschaften

Lebhafter Gedankenaustausch auf der Tagung „Lenin und Fragen der Gewerkschaftspolitik“

Di[illegible] [illegible]ssenschaftliche Tagung „Lenin und Frag[illegible] und 7. Dezember 1969 in Nürnberg ist in einschläg[illegible] [illegible]es Interesse gestoßen. Ein Taschenbuch mit dem Wortlau[illegible] [illegible]iner Auswahl wichtiger Diskussionsbeiträge befindet sich [illegible] kann bereits ab Ende Februar vom NACHRICHTEN-Ve[illegible] Wir halten es dennoch für erforderlich, nach dem ersten Be[illegible] [illegible]nsere Leser insbesondere auch mit dem Inhalt der Aussprache [illegible]orte auf dieser niveauvollen Tagung stichwortartig bekanntzum[illegible]

Dr. Heinz Jung vom Frankfurter Institut für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF) beschäftigte sich in seinem Diskussionsbeitrag mit Lehren der Septemberstreiks des Jahres 1969. Unter anderem hob er hervor, daß in der Arbeitsgemeinschaft, vor allem der Großbetriebe, Kräfte herangewachsen seien, „die nicht gewillt sind, sich dem Ausbeutungs- und Profitsystem bedingungslos zu beugen“. Sie wären sehr wohl in der Lage, ihre ökonomischen Interessen kämpferisch zu vertreten und würden das auch in Zukunft tun. Mit den Septemberstreiks habe sich eine Änderung des sozialen Klimas in der Bundesrepublik angedeutet. Um diese betrieblichen Kämpfe weiter zu entwikkeln, sei es notwendig, die Arbeit der Gewerkschaften in den Betrieben zu intensivieren.

Zu den Septemberstreiks sprach auch Helmut Schlüter aus Kiel, den seine Kollegen während der Kämpfe in der Kieler Howaldt-Werft zum Streikführer gewählt hatten. In seiner vielbeachteten Diskussionsrede schilderte er die einzelnen Etappen des Kampfes.

Die entscheidende gesellschaftsverändernde Kraft und wichtigste Potenz im Kampf um eine demokratische Erneuerung ist die Arbeiterklasse. Das erklärte in seinem Diskussionsbeitrag das Mitglied des Präsidiums der DKP, Ludwig Müller. Der Sprecher benutzte die Gelegenheit, um das Verhältnis der DKP zu den Gewerkschaften darzulegen. Ausgehend von der Rede des Parteivorsitzenden Bachmann auf dem Essener Parteitag der DKP, wonach die Partei viele Einschätzungen und Forderungen im Grundsatz- und Aktionsprogramm des DGB und Beschlüsse verschiedener Gewerkschaftskongresse unterstützt, sagte Müller, die Kommunisten hätten unmißverständlich erklärt, „daß wir uns zum Kern dieser Organisation gehörig fühlen und auf dem Boden der der Arbeiterklasse dienenden gewerkschaftlichen Beschlüsse in den Gewerkschaften konstruktiv tätig sind“.

Ludwig Müller warnte, daß die Konzern- und Bankherren diese Regierung benutzen wollen, ihre Profit- und Machtinteressen durchzusetzen. Nur wenn die Regierung bereit sei, alte Machtstrukturen abzubauen und dem werktätigen Volk demokratische Mitentscheidung in allen gesellschaftlichen Bereichen zu garantieren, könne sie auf die Unterstützung der demokratischen Kräfte in der Bundesrepublik rechnen.

Dr. Heinz Schäfer vom Institut für Marxistische Studien und Forschungen analysierte anhand der Forderungen des DGB in einem stark beachteten Diskussionsbeitrag den Inhalt der Regierungserklärung vom 28. Oktober. (Siehe „Bonn auf dem Prüfstand“, Seite 13.)

Der Düsseldorfer Wirtschaftsjournalist Fritz Rische behandelte die Prozesse der Machtkonzentration im Konzernbereich. Anhand der sich gegenwärtig vollziehenden Konzentrationswelle und der immer stärkeren Verflechtung der Monopole mit dem Staatsapparat in der Bundesrepublik machte er auf die Aktualität von Lenins Werk über den Imperialismus aufmerksam. Von den 2820 Aktiengesellschaften, die es 1968 gab, hätten 31 (etwa 1 Prozent) mehr Aktienkapital auf sich vereinigt als die übrigen 2789 zusammen. Die Alternative zu dieser Entwicklung sei neben der Mitbestimmung die Überführung der Schlüsselindustrien und marktbeherrschenden Großunternehmen in öffentliches Eigentum.

In der Diskussion nahmen selbstverständlich auch die Probleme der aktiven Lohnpolitik einen breiten Raum ein. Der Bottroper Stadtrat und Journalist Heinz Czymek wies nach, daß in den Jahren 1967 bis 1969 kaum von einer aktiven Lohnpolitik gesprochen werden konnte. Er legte dar, daß gegenüber der Steigerung des Sozialproduktes ein Nachholbedarf der Löhne und Gehälter von rund 13 Prozent rechnerisch festzustellen sei, während die Unternehmer ihren Anteil am Sozialprodukt in vier Jahren von 26,6 Prozent auf 31 Prozent hätten steigern können. **Für das Jahr 1970 forderte der Redner Lohn- und Gehaltserhöhungen von mehr als 15 Prozent; das entspreche einer aktiven Lohn- und Gehaltspolitik, zu der auch die Aktivierung der Mitglieder in den Betrieben gehöre.**

Dr. Werner Petschick, Redakteur der NACHRICHTEN, sprach zur geplanten Organisationsform des DGB. Er machte auf die unterschiedlichen Motive divergierender Strömungen im DGB bei der Satzungsdiskussion aufmerksam. Einerseits würden rechte Kräfte im DGB, unterstützt von der Unternehmerpropaganda, versuchen, mit Hilfe einer neuen Satzung die Umwandlung der Gewerkschaften zu systemstabilisierenden Organisationen voranzutreiben; andererseits trete die Mehrheit der Gewerkschafter für die Stärkung der Gewerkschaften als unabhängige Kampforganisation der Arbeiterklasse ein. Es komme darauf an, auf dem außerordentlichen DGB-Kongreß im Jahre 1971 die gegenwärtig gültige Satzung im Interesse der Mitglieder zu verbessern. Eine intensive Diskussion in den Gewerkschaften müsse dazu beitragen. In diesem Zusammenhang verwies der Redner auf die vom NACHRICHTEN-Verlag herausgegebenen Anträge, Vorschläge und Meinungen zur DGB-Satzung.

Mit der Lage der Bauern und dem Verhältnis der Arbeiterschaft zu ihnen befaßte sich in einem Diskussionsbeitrag der Vertreter der Demokratischen Bauernaktion, Rudi Schuster. Viele Arbeitnehmer und selbst die Gewerkschaften stünden oft den Problemen und Protestaktionen der kleinen und mittleren Bauern verständnislos gegenüber. Es müsse begriffen werden, daß diese Bauern der Konzentrationsbewegung und dem Druck der Monopole ebenso ausgesetzt seien wie die Arbeiterschaft. Die Gewerkschaften müßten den Bauern bei der demokratischen Lösung ihrer Probleme helfen.

Das Beispiel der DDR

Die Beiträge der Gewerkschafter und Wissenschaftler aus der DDR gaben ein lebendiges Bild von der schöpferischen Anwendung der Lehren Lenins über die Rolle der Gewerkschaften in der Tätigkeit des FDGB seit 1945 und besonders heute bei der Schaffung des entwickelten gesellschaftlichen Systems des Sozialismus.

Linda Schwarzenberg, Mitglied des Bundesvorstandes des FDGB, berichtete aus ihrer Tätigkeit als Leiterin eines Klubhauses der Gewerkschaften, daß die Entwicklung des sozialistischen Bewußtseins eine wesentliche Aufgabe der Gewerkschaftsarbeit sei. Sie schilderte am Beispiel des Chemischen Kombinats Bitterfeld

(20 000 Beschäftigte), wie die Gewerkschaften den Werktätigen helfen, die sich aus der Strukturpolitik ergebenden kultur- und bildungspolitischen Aufgaben zu erfüllen. „Bei unserer kulturerzieherischen Arbeit seit 1945 haben wir niemals den Ratschlag Lenins vergessen", hob sie abschließend hervor, „die Entwicklung des sozialistischen Bewußtseins nicht dem Selbstlauf zu überlassen."

Der Vorsitzende der Kombinatsgewerkschaftsleitung des Berliner Wohnungsbaukombinats, Martin Knaack, berichtete anschaulich von der Initiative der Bauarbeiter des Berliner Leninplatzes, die unmittelbar nach dem 20. Jahrestag der Gründung der DDR zu Ehren des 100. Geburtstages Lenins zur Weiterführung des sozialistischen Wettbewerbs aufgerufen haben. In Auseinandersetzung mit antikommunistischen Verfälschungen über den sozialistischen Wettbewerb legte der Redner die Rolle dieser sozialistischen Masseninitiative dar, die die sozialistische Macht stärke, die Arbeitsproduktivität steigere und zugleich die Persönlichkeit bilde.

Prof. Dr. Otto Schröder von der Hochschule des FDGB „Fritz Heckert" setzte sich mit neuerlichen Versuchen bürgerlicher Wissenschaftler auseinander, die Auffassungen Rosa Luxemburgs über das Verhältnis von Demokratie und Sozialismus zu entstellen. Anhand von Rosa Luxemburgs Schrift „Massenstreik, Partei und Gewerkschaft" und der darin enthaltenen Grundgedanken zum Verhältnis von ökonomischem und politischem Kampf und über den klassenmäßigen Inhalt revolutionärer Gewerkschaftspolitik bewies der Redner die große Aktualität ihrer Auffassung für die gegenwärtige Diskussion über den Standort der Gewerkschaften in der Bundesrepublik und besonders für die Auseinandersetzung mit allen bürgerlichen Gewerkschaftsmodellen.

Großes Interesse brachten die Tagungsteilnehmer den Ausführungen der Gewerkschafter und Wissenschaftler aus der DDR entgegen, die deutlich machten, wie soziale Sicherheit im Zeitalter der technischen Revolution garantiert werden könne, wenn neben der ökonomischen Planung gleichzeitig die Struktur- und Bildungsfragen langfristig geplant werden.

Anneliese Brüll, ebenfalls von der Hochschule „Fritz Heckert", erklärte, ausgehend von den Erfahrungen beim Aufbau des Sozialismus in der DDR u. a., daß ein System der sozialen Sicherheit alle Lebensbereiche umfassen müsse. Sie betonte: „Wir fassen deshalb den Begriff soziale Sicherheit weiter. Wir verstehen darunter mehr als nur Sozialpolitik im engsten Sinne. Wir meinen, soziale Sicherheit, die der Arbeiter, Angestellte und jeder Bürger unserer Republik haben muß, ist die Sicherheit seiner Existenz und seiner Entwicklung in der Gesellschaft. Diese Sicherheit wird bei uns durch die sozialistischen Macht- und Eigentumsverhältnisse gewährleistet."

Dr. Hans-Joachim Küstner, Mitarbeiter beim Bezirksvorstand des FDGB in Magdeburg, hob hervor: „Für die Arbeiterklasse und ihre Gewerkschaften in der DDR ist die wissenschaftlich technische Revolution kein Buch mit sieben Siegeln, sondern ein erkennbarer, beherrschbarer und im Interesse aller Werktätigen nutzbar zu gestaltender Entwicklungsprozeß."

Lenins Lehre Anleitung zum Handeln

Die drei Referenten nahmen am Ende der Tagung Gelegenheit zu kurzen Schlußworten. Prof. Dr. Iwan Lunjow würdigte das hohe Niveau der wissenschaftlichen Konferenz, das deren Verlauf bestimmt habe. Die erörterten Probleme hätten nicht nur die Richtigkeit, sondern auch die unverminderte aktuelle Bezogenheit der Lehren Lenins über die Gewerkschaften und ihre Tätigkeit bestätigt. **Prof. Lunjow sprach abschließend den Wunsch der sowjetischen Gewerkschaften nach guten und fruchtbaren Beziehungen zu allen DGB-Gewerkschaften in der Bundesrepublik aus. Es sei zu wünschen, daß diese Beziehungen zur Völkerverständigung und zur Sicherheit des Friedens beitragen.**

Josef Ledwohn, Herausgeber der NACHRICHTEN, wertete in seinem Schlußwort die Konferenz als „einen bestimmten Beitrag zur politisch-ideologischen Klärung einer Reihe von Grundfragen der Arbeiterbewegung". Die tägliche Praxis und auch die Diskussion auf der Tagung habe bestätigt, daß es heute möglich sei, in der Organisierung des Kampfes für die tägliche Interessenvertretung der Werktätigen die Einheit von Sozialismus und Kommunismus auf der Grundlage der Gewerkschaftsbeschlüsse herzustellen. Er begrüßte die Anregung, zur Frage Vermögensbildung eine spezifische Tagung durchzuführen. Der Redner betonte die Aktualität der Lehren Lenins, die durch die Tagung voll unter Beweis gestellt sei. Wörtlich sagte Josef Ledwohn: „Der Marxismus-Leninismus als die Theorie und Weltanschauung der Arbeiterklasse ist eine lebendige Wissenschaft, und es wäre ein Widerspruch zu dieser Theorie, die Leitsätze Lenins über die Gewerkschaften als Schablone zu gebrauchen. Daraus ergibt sich notwendigerweise die Aufgabe für alle Marxisten, die Verhaltensweisen der verschiedenen Gesellschaftsgruppen immer wieder neu zu analysieren, die Lage immer wieder neu zu untersuchen und die Kampfaufgaben der Arbeiterklasse aus der konkreten Situation heraus zu entwickeln. **Darum ist der Leninismus als der Marxismus unserer Zeit von uns immer als eine Anleitung zum Handeln verstanden worden. Ich möchte das ausdrücklich auch auf die Theorie beziehen und sagen, daß es stets eine kollektive Aufgabe ist, in schöpferischer Arbeit die neuen Erfahrungen der Arbeiterbewegung zu durchleuchten und zu verallgemeinern."**

„Die Entscheidung gegen das Monopolkapital, für Demokratie und Sozialismus ist in unserer Zeit die einzig mögliche Orientierung für die Arbeiterklasse und ihre Gewerkschaften." Diese Schlußfolgerung zog Prof. Dr. Johanna Töpfer, die stellvertretende Vorsitzende des FDGB-Bundesvorstandes, aus den Referaten und Diskussionen der wissenschaftlichen Tagung. Wenn die bürgerlichen Ideologen der Arbeiterschaft statt des Klassenkampfes das Warten auf die Konvergenz zwischen kapitalistischem und sozialistischem System anraten, so zeige die Entwicklung auf deutschem Boden im letzten Vierteljahrhundert die Unhaltbarkeit solcher Theorien. Vielmehr sei die Divergenz das Typische zwischen beiden Systemen.

Die Rednerin zeigte das an solchen Kriterien wie die Mitbestimmung, die in der DDR Wirklichkeit sei und in der Bundesrepublik verweigert werde. Während in der DDR die Konzentration der Produktion die Stellung der Werktätigen als machtausübende Klasse und Eigentümer der Produktionsmittel stärke, sei dieser Prozeß in der Bundesrepublik mit der Vergrößerung der Macht weniger Millionäre verbunden. Die divergierende Entwicklung sei auch im Bildungswesen und in der gesellschaftlichen Stellung der Frauen und Jugendlichen festzustellen.

Wörtlich sagte Frau Prof. Dr. Töpfer: „Doch die Divergenz zwischen Kapitalismus und Sozialismus auf deutschem Boden bedeutet gleichzeitig, daß sich die gemeinsamen Klasseninteressen der Arbeiter und Gewerkschafter der sozialistischen DDR und der Bundesrepublik stärker ausprägen und eine tiefere Begründung erfahren." Das gemeinsame Interesse liege besonders in der Herbeiführung und Sicherung des Friedens für alle Völker und in der Schaffung der europäischen Sicherheit. Das seien die entscheidenden Voraussetzungen für die Erfüllung aller gewerkschaftlichen Aufgaben und Ziele. Dazu gehöre auch der Abschluß eines völkerrechtlich verbindlichen Vertrages über die Normalisierung der Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten auf der Grundlage der Gleichberechtigung. „Wir treten für die Zusammenarbeit der Gewerkschaften Westdeutschlands und der DDR ein, damit die gemeinsamen Interessen der Arbeiterklasse zum Siege geführt werden können."

G. S.

Bonn auf dem Prüfstand

Regierungserklärung und die Forderungen des DGB
Eine kritische Untersuchung von Dr. Heinz Schäfer

Seit knapp drei Monaten liegt nunmehr die Regierungserklärung vor, und die bisherige Regierungspraxis läßt schon gewisse Schlüsse zu. Vielerorts hört man das Argument, man möge doch dieser Regierung Zeit lassen. Nichts wäre falscher als das. Denn die rechten politischen Kräfte unseres Landes, vor allem die Führungsspitze der CDU/CSU, üben einen massiven Druck auf diese Regierung aus. Und man kann schon jetzt sehen, wie sie beginnt, Positionen preiszugeben, die sie erst vor wenigen Wochen in der Regierungserklärung als politische Ziele formulierte.

Wenn die Gewerkschafter wollen, daß die positiven Ansätze, die in der Regierungserklärung vorhanden sind, verwirklicht werden, dann müssen auch sie Druck ausüben, dann müssen sie versuchen, den Druck der Rechten zu paralysieren und nach Möglichkeit die Regierung weiter nach links, das heißt näher an die gewerkschaftlichen Forderungen zu drängen.

Der DGB-Bundesvorstand hat an die Adresse der neugebildeten Regierung eine Erklärung gerichtet, die viele interessante Gedanken enthält. Sie wurden wenige Tage vor der Regierungserklärung, am 22. Oktober 1969, veröffentlicht. Diese DGB-Erklärung wurde von den großbürgerlichen Zeitungen auf das heftigste attackiert, so z. B. vom „Handelsblatt": „Und ewig nörgelt der DGB" (Nr. 205 vom 24./25. Oktober).

Der DGB-Bundesvorstand erwartet von der neuen Bundesregierung, daß sie stärker als in der Vergangenheit „die Belange der Arbeitnehmer — Arbeiter, Angestellte und Beamte — berücksichtigt, die mit ihren Familien über 80 Prozent der Bevölkerung der Bundesrepublik darstellen". Es gelte, die offenkundigen Benachteiligungen der Arbeiterschaft zu beseitigen und auch die vielen unerledigten Probleme auf dem Gebiet der Gesellschaftspolitik, insbesondere der Einkommens-, Vermögens- und Bildungspolitik sowie im Bereich der sozialen Sicherheit so zu lösen, daß dem Verfassungsauftrag nach Schaffung eines sozialen Rechtsstaates entsprochen wird. Der DGB ist der Auffassung, daß die Verwirklichung einer solchen Politik die Demokratisierung aller gesellschaftlichen Bereiche erfordert und daß der Frieden durch wirksame Beiträge zur internationalen Entspannung und über die Völkerverständigung zwischen Ost und West gesichert wird.

Nun sollte man annehmen, daß die Regierung den vom DGB geworfenen Ball auffangen würde. Man findet in der Regierungserklärung auch solche verheißungsvollen Worte wie: „Wir wollen mehr Demokratie wagen", oder: „Mitbestimmung, Mitverantwortung in den verschiedenen Bereichen unserer Gesellschaft wird eine bewegende Kraft der kommenden Jahre sein." Es gilt zu prüfen, ob solche Feststellungen durch die weitere politische Zielsetzung in der Regierungserklärung, vor allem aber auch durch die politische Praxis bestätigt werden. **Welches Verhältnis hat die neue Bundesregierung zu den Gewerkschaften?** In der Regierungserklärung erfolgt keine Verteufelung der Gewerkschaften und in ihr wird sogar verkündet, daß diese Regierung das Gespräch mit den Gewerkschaften sucht und sich um eine vertrauensvolle Zusammenarbeit bemühen werde. Es kann sogar darauf verwiesen werden, daß mit den Ministern Leber, Arendt und dem Staatssekretär Gscheidle führende Gewerkschafter in leitende Positionen gelangt sind. Bei näherem Hinsehen kommen allerdings Bedenken über den Charakter der „vertrauensvollen Zusammenarbeit", denn diese Funktionäre gehören ohne Ausnahme dem rechten Flügel der Gewerkschaftsbewegung an. Eine so prononcierte Orientierung auf diese rechte Strömung in den Gewerkschaften ist eine eindeutige programmatische Aussage.

Dabei darf man keineswegs übersehen, daß einige gewerkschaftliche Forderungen ganz oder teilweise in das Regierungsprogramm aufgenommen wurden. Es handelt sich um die Herabsetzung des aktiven und passiven Wahlalters von 21 auf 18 bzw. von 25 auf 21 Jahre, die Verdoppelung des Arbeitnehmerfreibetrages ab 1. 1. 1970, das Versprechen, das unübersichtlich gewordene Arbeitsrecht zu einem einheitlichen Arbeitsgesetzbuch zusammenzufassen, allerdings ohne jeden Hinweis auf positive materielle Veränderungen, die Erhöhung und Dynamisierung der Kriegsopferrenten ab 1. 1. 1970, die Rentenberechnung nach Punkten und den schrittweisen Abbau der Altersgrenzen in der Rentenversicherung.

Ohne die Bedeutung dieser Forderungen herabwürdigen zu wollen, muß doch festgestellt werden, daß es sich hinsichtlich ihrer gesellschaftspolitischen und materiellen Auswirkungen um zweitrangige Fragen handelt. Man darf aber auch nicht übersehen, daß eine ganze Reihe Forderungen des DGB, wie die Wiederanhebung der Kilometerpauschale von 36 auf 50 Pfennig, der Vorwegabzug aller Sozialbeträge, die Gewährung des Kindergeldes vom 1. Kind an oder der Sonderurlaub für Mütter nach Ablauf der Schutzfrist nach der Entbindung bei Zahlung eines angemessenen Entgelts aus öffentlichen Mitteln, nicht berücksichtigt wurde.

In der Regierungserklärung fehlt eine konkrete Aussage zu dem vom DGB geforderten Gesetz über den Bildungsurlaub. Es wird lediglich gesagt, daß die Regierung dessen Einführung für eine wichtige Aufgabe hält. Das ist zwar mehr als nichts, aber dennoch ungenügend. Es fehlt auch jeder Hinweis auf die Notwendigkeit, die skandalösen Beitragssätze in der Rentenversicherung zu senken und die Bundeszuschüsse bzw. -erstattungen zu erhöhen. Auch der DGB-Forderung, die Versicherungspflichtgrenze für Angestellte in der Krankenversicherung aufzuheben, wird nicht entsprochen. Es wird nur ihre Überprüfung und Dynamisierung in Aussicht gestellt. Positiv ist hier zu vermerken, daß oberhalb der Versicherungspflichtgrenze, die also weiterhin bestehen bleiben soll, die Angestellten den sogenannten Arbeitgeberbeitrag erhalten sollen. **Nicht berücksichtigt wurden vor allem aber die entscheidenden gewerkschaftlichen Forderungen, die auf eine Erneuerung der Gesellschaft hinzielen und die an die Substanz der Macht heranführen können.** Der DGB forderte von der Regierung die Mitbestimmung der Arbeiter, Angestellten und Beamten bei allen Entscheidungen, „um die einseitige und ungerechte Herrschaftsstruktur in der Wirtschaft zu beseitigen".

Nach Auffassung des DGB-Bundesvorstandes erfordert dies, die paritätische Mitbestimmung auf alle Großunternehmen der Wirtschaft auszudehnen, die Mitwirkungs- und Mitbestimmungsrechte der Betriebs- und Personalräte am Arbeitsplatz und in sonstigen betrieblichen Fragen zu verstärken, die gewerkschaftlichen Betätigungs- und Vertretungsrechte im Betrieb zu verankern und auch die Mitbestimmung im gesamtwirtschaftlichen Bereich zu verwirklichen.

Wenn man jedoch in der Regierungserklärung danach sucht, was zur Gretchenfrage der Demokratie, zur Mitbestimmung gesagt wird, so ist vom „Wagnis" für mehr Demokratie nicht viel übrig geblieben. Es soll eine Reform des Betriebsverfassungs- und des Personalvertretungsgesetzes durchgeführt werden, und zwar auf der Grundlage der in der letzten Legislaturperiode eingebrachten Gesetzentwürfe, die, wie auch in der Mitbestimmungssynopse der NACHRICHTEN nachgewiesen wurde, in wesentlichen Fragen dem DGB-Entwurf entgegenstehen. Auf Bundesebene sollen die Personalräte bereits vor einer gesetzlichen Regelung in solchen Sachfragen gehört werden, die nach geltendem Recht noch

nicht zu deren Zuständigkeitsbereich gehören.

Hinsichtlich der qualifizierten Mitbestimmung bleibt es bei der unverbindlichen Feststellung, daß der in der vergangenen Legislaturperiode angeforderte Bericht der Mitbestimmungs-Kommission, die bekanntlich unter der Leitung des CDU-Professors und Mitbestimmungsgegners Biedenkopf steht, geprüft und erörtert werden soll.

Nun kann darauf verwiesen werden, daß die FDP die Verweigerung der qualifizierten Mitbestimmung zu einem Hauptpunkt ihrer Regierungsbeteiligung machte. Wenn dem aber so ist, dann dürfte die SPD keine Bedenken haben, wenn durch die Aktivitäten der Gewerkschaften, durch die Verwirklichung von Mitbestimmungsrechten durch Tarifverträge oder Betriebsvereinbarungen unabänderliche Tatsachen geschaffen werden. Im Gegenteil, sie müßte solche Aktivitäten unterstützen. Wenn die Nichtaufnahme der Mitbestimmungsforderungen der Gewerkschaften in die Regierungserklärung an der FDP scheiterte, wenn die FDP mit der Demokratie auf Kriegsfuß lebt, dann ist es erforderlich, ihr die alten Zöpfe abzuschneiden.

Aber ist die Darstellung richtig, daß es allein an der FDP liegt? Will die SPD Aktivitäten der Gewerkschaften? Die Tatsachen sprechen eine andere Sprache. Verkehrsminister Leber reiste im Auftrage des SPD-Präsidiums bei den Gewerkschaften herum, um sie auch in der Mitbestimmungsfrage auf Regierungskurs zu bringen.

Selbstverständlich handelt es sich bei der Novellierung des BVG und PVG um eine wichtige Sache, wenn sie auf der Grundlage der Gesetzentwürfe des DGB erfolgt und wenn — auch im Hinblick auf die Streikerfahrungen des letzten September — die Bestimmungen des § 49 geändert werden, die die Betriebsräte auf ein sozialpartnerschaftliches Verhalten festlegen und einer Friedenspflicht unterwerfen wollen.

Immer wieder gilt es zu betonen, daß Mitbestimmung eine Machtfrage ist und daß sie nur gegen die Unternehmerverbände und gegen die reaktionären Kräfte inner- und außerhalb des Parlaments durchgesetzt werden kann. Entschlossenes Handeln der Gewerkschaften würde es auch der CDU/CSU erschweren, mit demagogischen Manövern die Regierung „links" zu überholen.

Der DGB wünscht von der neuen Regierung eine optimale Steigerung des Lebensstandards bei gleichzeitiger Sicherung der zukunftsorientierten Gemeinschaftsaufgaben. Er will, daß das Ungleichgewicht der Einkommensentwicklung zu Lasten der Arbeiter, Angestellten und Beamten, das während des letzten Konjunkturaufschwungs besonders sichtbar wurde, beseitigt wird. Er will die „soziale Symmetrie", von der Schiller in der Zeit der Krise, als die Arbeiterschaft zur Kasse gebeten wurde, so laut redete, von der er aber heute nichts mehr wissen will. In der „Welt der Arbeit" (Nr. 48 vom 28. 11. 1969) wird gefordert, daß die vielberufene soziale Symmetrie „vom Schlagwort endlich zum besser gefüllten Geldbeutel der Arbeitnehmer wird".

In der Regierungserklärung schwieg sich die Regierung zu diesem Problemkreis der Lohn- und Einkommenspolitik aus. Sie kommt aber angesichts der Bedeutung, die diesem Problem zukommt, nicht umhin, Schritt für Schritt Farbe zu bekennen. Finanzminister Möller hat das bisher in einer Weise getan, daß die Unternehmerpresse begeistert ist.

Die erste Bewährungsprobe dieser neuen Regierung auf sozialpolitischem Gebiet war das Überbrückungsgeld für Rentner. Möller erklärte kurz und bündig, daß im Haushalt dafür kein Geld verfügbar sei. Der Wegfall des zweiprozentigen Krankenkassenbeitrages für Rentner ist aber kein Ersatz für das Überbrückungsgeld. Denn hierbei handelt es sich um eine solche sozialreaktionäre Maßnahme, daß sie sowieso rückgängig gemacht werden mußte. Über Möllers Lippen kam bis heute aber noch kein Wort über eine mögliche Senkung der Rüstungsausgaben.

Bisher höchster Lohnsteuerzuwachs

Mit einer Zunahme um 2,3 Milliarden DM auf rund 10 Milliarden DM haben Bund und Länder im Monat November um 29,8 Prozent mehr Steuern eingenommen, als im gleichen Monat 1968. Ein Rekordergebnis wurde bei der Lohnsteuer verbucht, die mit einer Zunahme um 30 Prozent den bisher stärksten Anstieg zu verzeichnen hat. Dabei ist trotz Zahlung einiger Überbrückungsgelder und Wirksamwerdens von Lohnerhöhungen das Einkommen der Arbeiter und Angestellten keineswegs um 30 Prozent gestiegen.

Diese hohe Zunahme an Lohnsteuern zeigt lediglich einen Zustand an, der dringend verändert werden muß. Aufgrund der Steuerprogression steigen die Steuern schneller als die Einkommen. Es wird darum höchste Zeit, die Lohnsteuersätze entsprechend dem inzwischen allgemein gestiegenen Lohn- und Gehaltsniveau zu überprüfen, wobei zu berücksichtigen ist, daß heute kleine Einkommen sind, was vor zehn Jahren etwa als „mittlere" Einkommen zählte.

wie dies die Gewerkschaften seit langem fordern. Auf der 7. Konferenz für Vertrauensleute und Betriebsratsmitglieder in Braunschweig erinnerte ein Delegierter daran, daß vor drei Jahren, nach Bildung der Großen Koalition, die IG Metall die Forderung erhoben habe, den Rüstungsetat um 5 Milliarden DM zu kürzen. Damals sei diesem gewerkschaftlichen Anliegen nicht entsprochen worden. Seinerzeit habe allerdings die CDU/CSU die Richtlinien der Politik bestimmt. Jetzt sei dies nicht mehr der Fall, und es gäbe keinen Grund, dieser berechtigten Forderung der Gewerkschaften nicht unverzüglich nachzukommen. Auch der 8. DGB-Kongreß hatte eine Reduzierung des Wehretats gefordert (Antrag 58) und der 8. Gewerkschaftstag der IG Chemie-Papier-Keramik trat dafür ein, den Wehretat „wesentlich" zu senken (Antrag 37).

Finanzminister Möller beließ es nicht bei der Ablehnung des Überbrückungsgeldes für Rentner. Vor der Mitgliederversammlung des Gesamtverbandes der Versicherungswirtschaft meinte er, die Forderung der Beamten nach einer Besoldungserhöhung von 13 Prozent sei stark übertrieben. Er sprach sich gegen eine Erhöhung der Kilometerpauschale von 36 auf 50 Pfennig aus.

Möller, der 1936 Filialdirektor der Karlsruher Lebensversicherungs AG wurde und von 1945 bis 1969 Generaldirektor dieser Gesellschaft war und dazu noch 17 Aufsichtsrats- und Verwaltungsposten bekleidete („Der Volkswirt" Nr. 49 vom 5. Dezember 1969, Seite 16), hat schon in seinen ersten Amtshandlungen bewiesen, wo er steht. Er steht nicht auf der Seite der Arbeiter, Angestellten und Beamten. Der DGB-Bundesvorstand forderte von der Regierung vermögenspolitische Maßnahmen zur unmittelbaren Beteiligung der Arbeiter, Angestellten und Beamten an dem Vermögenszuwachs in der Wirtschaft und keine Beschränkung auf eine Förderung des freiwilligen Sparens. Es wird aber durch die Bundesregierung nur eine Erhöhung des Begünstigungsrahmens von 312 DM angeboten, also nichts anderes als Sparförderung.

Es zeigt sich also, daß die neue Bundesregierung in wesentlichen sozial- und gesellschaftspolitischen Fragen bei weitem nicht den Standpunkt der Gewerkschaften teilt. Das wird insbesondere deutlich, wenn man einmal genauer das gesellschaftspolitische Leitbild der SPD/FDP-Koalition betrachtet, so wie es in der Regierungserklärung zum Vorschein kam und seither auch in der Praxis bestätigt wurde. Damit befaßt sich der zweite Teil dieses Aufsatzes, der in der Februar-Ausgabe von NACHRICHTEN erscheinen wird.

(Redigiert nach dem Diskussionsbeitrag Dr. Schäfers auf der Tagung „Lenin und Fragen der Gewerkschaf.s-politik" in Nürnberg; siehe auch S. 11)

Für bessere DGB-Satzung

IG Chemie gibt ihre Änderungsvorschläge bekannt
Stärkung des Delegiertenprinzips vorgesehen

In seiner letzten Sitzung im vergangenen Jahr hat der Beirat der IG Chemie-Papier-Keramik, das höchste Organ zwischen den Gewerkschaftstagen, am 8. Dezember die Änderungsvorschläge der IG Chemie für den Entwurf einer Neufassung der DGB-Satzung beraten und beschlossen. Diese Vorschläge enthalten einige bemerkenswerte Aspekte zur demokratischen Stärkung des DGB.

Der Beirat befürwortet die Notwendigkeit „einer stärkeren Zusammenarbeit und Konzentration der Gewerkschaften auf nationaler und internationaler Ebene", wobei zu überprüfen sei, ob die Zahl von 16 Mitgliedgewerkschaften im DGB noch zeitgemäß ist. In den konkreten Vorschlägen regt die IG Chemie u. a. an, vor Neueinführung von Unterstützungsleistungen oder deren Erweiterung durch Einzelgewerkschaften im Bundesausschuß des DGB darüber zu beraten. Auf diese Weise soll vermieden werden, daß die Leistungen der Gewerkschaften an ihre Mitglieder weiter stark auseinanderklaffen.

Das Kernstück der IG-Chemie-Vorschläge besteht jedoch in einigen Anregungen zur Vebesserung der demokratischen Struktur und Meinungsbildung im DGB. So fordert der Beirat der IG Chemie, daß in Zukunft der Bundesausschuß, die Landesausschüsse und die Kreisausschüsse des DGB nur noch aus Delegierten der Einzelgewerkschaften gebildet werden, die proportional entsprechend der Mitgliederzahl der Gewerkschaften gewählt werden. Wenn kleine Gewerkschaften die Schlüsselzahl für die Wahl nicht erreichen, soll mindestens ein Vertreter von ihnen in den Ausschüssen sein. — Bisher und nach dem Entwurf des DGB-Bundesvorstandes sind die entsprechenden Organe zu Lasten der größeren Gewerkschaften nicht proportional zusammengesetzt.

Weiter fordert die IG Chemie, daß alle Ausschußmitglieder des DGB auf Gewerkschaftstagen bzw. Bezirks- oder Verwaltungsstellen-Delegiertenkonferenzen der Gewerkschaften gewählt werden. Ebenso schlägt die Gewerkschaft auch die Wahl der Delegierten zum DGB-Bundeskongreß auf Delegiertenkonferenzen vor. Die Bestimmung, wonach die Delegierten „nach demokratischen Grundsätzen" zu wählen seien, und die auch in dem neuen Satzungsentwurf des Bundesvorstandes enthalten ist, sei nicht eindeutig genug.

Eine grundlegende Änderung wünscht die IG Chemie-Papier-Keramik auch in bezug auf die Wahl bzw. Zusammensetzung der Landesbezirks- und Kreisvorstände des DGB. Wurden durch Delegiertenkonferenzen bisher lediglich der Landesbezirksvorsitzende und sein Stellvertreter sowie der Kreisvorsitzende des DGB gewählt, so sollen die Landesbezirks- und Kreisvorstände selbst durch die oben genannten proportional besetzten Ausschüsse ersetzt werden. Die Delegiertenkonferenzen sollen ebenfalls durch die Ausschüsse ersetzt werden, deren Mitglieder nach dem Chemie-Modell ja durch die Delegiertenkonferenz der Einzelgewerkschaften gewählt werden. Nach Meinung des Beirats würde diese Neuregelung „zweifellos eine wirksamere Kontrolle und Demokratie als bisher" bedeuten.

Ein weiterer Vorschlag zielt auf die Stärkung des Bundesausschusses, dem höchsten Organ zwischen den DGB-Kongressen, ab. Nach dem Vorschlag der IG Chemie soll er sich selbst konstituieren können, also auch seinen Vorsitzenden selbst wählen. Damit würde der Bundesausschuß, wie die Gewerkschaft ihren Vorschlag kommentiert, „zu einer Art zweiten Kammer, die regelmäßig vierteljährlich und in Sonderfällen zusammengerufen werden muß". Schließlich möchte die IG Chemie den DGB auf die Ausarbeitung der Grundsätze für die Tarifpolitik verpflichten, um so die Gewerkschaftspolitik zu vereinheitlichen, wie es heißt.

Sehr fraglich ist allerdings der Vorschlag, wonach der DGB eine gemeinsame Zeitung für alle Gewerkschaftsmitglieder herausbringen soll. Dadurch würden die gegenwärtigen Organe der Einzelgewerkschaften durch Sondereinlagen der DGB-Zeitung ersetzt werden. In der Praxis müßte das zu einer weiteren Verminderung der Verbreitung und des Einflusses der gewerkschaftlichen Massenmedien führen, deren Anteil an der Meinungsbildung schon heute viel zu gering ist.

Die IG Chemie-Papier-Keramik ist mit der Übergabe ihrer Änderungsvorschläge an eine gemeinsame Satzungskommission dem Beschluß des DGB-Bundeskongresses vom Mai 1969 nachgekommen, wonach die Gewerkschaften bis zum 31. Dezember 1969 ihre Vorstellungen zur Satzungsreform des DGB vorzulegen hatten. Diese sollen dann von der Kommission zu einem Entwurf verarbeitet werden, der bis zum 1. Oktober 1970 den Gewerkschaftsmitgliedern unterbreitet werden muß. Dann werden die Gewerkschaftsvorstände, die DGB-Landes- und Kreisorganisationen erneut Gelegenheit haben, mit Anträgen ihre Vorstellungen von einer demokratischen Satzung des Deutschen Gewerkschaftsbundes einzureichen. Im Jahre 1971 soll ein außerordentlicher DGB-Bundeskongreß endgültig über einen neuen Satzungsentwurf beschließen.

- rt. -

Hessischer DGB-Vorsitzender kritisiert Bundesregierung

Vor Jungsozialisten in Wiesbaden legte der Landesbezirksvorsitzende des DGB in Hessen, Philipp Pleß, am 19. Dezember seine Vorstellungen von einer positiven Politik der Bundesrepublik dar. Dabei übte Pleß scharfe Kritik an der SPD/FDP-Regierung.

Die Mitgliedschaft Bonns in der NATO dürfe Bundesregierung und SPD nicht länger abhalten, sagte Pleß, endlich ein „offenes Wort gegen den verbrecherischen Krieg der USA in Vietnam" zu sagen. Während er sich zur „Entspannungspolitik" Willy Brandts bekannte, präzisierte er, was unter „wirklicher" Entspannungspolitik zu verstehen sei: die völkerrechtliche Anerkennung der DDR, um die man nicht herumkomme.

Aufgabe der Gwerkschaften sei es, die Bundesregierung „noch progressiver darauf zu drängen, daß die sinnlosen Milliarden, die wir für die Rüstung ausgeben, eingespart werden". Zur Entspannungspolitik gehöre auch, daß der DGB Kontakte zum FDGB in der DDR und zur CGT in Frankreich aufnehme.

Besondere Kritik galt der konzertierten Aktion des Bundeswirtschaftsministers, die Pleß als ein untaugliches Instrument, die Interessen der Arbeitnehmer zu wahren, bezeichnete. In Wirklichkeit gehe es dabei um die Stabilisierung des kapitalistischen Wirtschaftssystems. In diesem Zusammenhang nannte Pleß die Mitbestimmung als eine Übergangslösung, „um die Arbeiter für das Problem der Macht zu interessieren". Die Gewerkschaften müßten den Mut haben, öffentlich zu vertreten, daß sie die Vergesellschaftung der Schlüsselindustrien anstreben, um endlich den rückläufigen demokratischen Prozeß wieder voranzutreiben. Ebenso müsse die Vergesellschaftung der Schlüsselindustrien aber auch die skandalöse Vermögensentwicklung korrigieren helfen.

Lohnfortzahlung in Kraft

Forderung des Aktionsprogramms verwirklicht
Aber noch keine volle Gleichstellung für Arbeiter

Seit dem 1. Januar 1970 wird den Arbeitern bei Erkrankungen, die zur Arbeitsunfähigkeit führen, der Lohn für sechs Wochen fortgezahlt und gleichzeitig der Höchstsatz ihres Krankenversicherungsbeitrages gesenkt. Damit sind Arbeiter und Angestellte entsprechend einem vom Bundestag beschlossenen Gesetz, im Krankheitsfalle gleichgestellt.

Als der Deutsche Gewerkschaftsbund in seinem ersten Aktionsprogramm, das zum 1. Mai 1955 verkündet wurde, die Lohnfortzahlung für Arbeiter im Krankheitsfall forderte, erschien dies vielen Gewerkschaftern kaum erfüllbar. Die Unternehmer und ihre Verbände scheuten weder Aufwendungen noch Anstrengungen, um die Verwirklichung der Gleichstellung von Arbeitern und Angestellten, eine nicht nur soziale, sondern auch gesellschaftspolitische Forderung, zu verhindern, und fanden dabei in der CDU/CSU willfährige Helfer. Doch der zähe und beharrliche Kampf der Gewerkschaften, dessen Höhepunkt der Streik der Metallarbeiter in Schleswig-Holstein im Jahre 1956 war, konnte alle Widerstände und Hindernisse überwinden.

In zwei Punkten allerdings besteht auch jetzt noch keine volle Gleichstellung der Arbeiter mit den Angestellten. Erstens hat der Arbeiter zum Unterschied vom Angestellten keinen Anspruch auf Lohnfortzahlung, wenn die Arbeitsunfähigkeit eintritt, bevor er die Arbeit tatsächlich aufgenommen hat, d. h. er muß zumindest den Weg zur Arbeitsstätte angetreten haben. Zweitens besteht der Anspruch bei Arbeitern nicht, wenn er ein Arbeitsverhältnis auf Zeit einging, das auf weniger als vier Wochen befristet ist, es sei denn, daß das Arbeitsverhältnis über diese Zeit fortgesetzt wird. Das gilt aber nicht für ein Probearbeitsverhältnis. Nicht unter dieses Gesetz fallen ferner Arbeiter, deren regelmäßige Arbeitszeit wöchentlich 10 oder monatlich 50 Stunden nicht übersteigt sowie Arbeiterinnen, die für den Zeitraum Anspruch auf Mutterschaftsgeld haben.

Anspruch auf Lohnfortzahlung für sechs Wochen haben die Arbeiter also ab 1. Januar 1970 bei Erkrankungen, die zur Arbeitsunfähigkeit führen, während der Durchführung einer Kur, für die ein Leistungsträger die vollen Kosten übernimmt und während der anschließenden Schonzeit, sofern Arbeitsunfähigkeit vom Arzt festgestellt wurde.

Bei wiederholter Arbeitsunfähigkeit wegen derselben Krankheit innerhalb eines Zeitraumes von 12 Monaten kann der Arbeiter im allgemeinen nur einmal für sechs Wochen Lohnfortzahlung beanspruchen. Dabei werden mehrere Zeiten der Arbeitsunfähigkeit zusammengerechnet. Liegt jedoch zwischen zwei Arbeitsunfähigkeiten wegen derselben Erkrankung ein Abstand von mindestens sechs Monaten, so ist ein neuer Anspruch auf Lohnfortzahlung entstanden. Wird zur Behandlung der Krankheit, wegen der die Lohnfortzahlung in Anspruch genommen wurde, eine Kur angetreten, so müssen zwischen dem Ende der Arbeitsunfähigkeit und dem Beginn der Kur mindestens sechs Wochen vergangen sein.

Anspruch auf Lohnfortzahlung gilt ohne Karenzzeit, wenn eine andere Krankheit als die vorhergegangene zur Arbeitsunfähigkeit führt. Das gleiche gilt auch bei Arbeitsunfähigkeit infolge derselben Krankheit, wenn der Arbeiter sein Arbeitsverhältnis seit der letzten Arbeitsunfähigkeit gewechselt hat. Auch während der Berufsausbildung hat der Arbeiter Anspruch auf Lohnfortzahlung.

Die Lohnfortzahlung tritt am ersten Tag der Arbeitsunfähigkeit in Kraft. Dabei soll der Lohn fortgezahlt werden, den der Arbeiter erhalten hätte, wenn er gesund geblieben wäre. Dazu gehören grundsätzlich alle Bezüge, die nicht reinen Aufwendungscharakter haben und nicht vom Nachweis tatsächlich erbrachter Aufwendungen abhängig sind: Also Zuschläge für Mehrarbeit, Nachtarbeit, Sonn- und Feiertagsarbeit (soweit diese regelmäßig geleistet werden), Erschwernis-, Gefahren- und Hitzezulagen, Schmutzzulagen und Auslösungen, sofern ihre Gewährung im Einzelfall nicht davon abhängt, ob der Arbeiter besondere Aufwendungen hat; Prämien oder bestimmte Leistungszulagen, z. B. Treueprämien; Naturalleistungen wie Kost, Unterkunft oder Deputate; Kinderzulagen und sonstige Familienzuschläge; Wohnungsgelder oder andere soziale Zulagen sowie das 13. Gehalt; vermögenswirksame Leistungen nach dem Vermögensbildungsgesetz; Weihnachtsgratifikationen sowie alle sonstigen einmaligen Zulagen, die an den Arbeiter geleistet worden wären.

Sicher wird in der Praxis die Berechnung des fortzuzahlenden Lohnes noch zu mancher Auseinandersetzung führen und auch noch manches Häkchen des Lohnfortzahlungsgesetzes offenbar werden. Voraussetzung für die Fortzahlung des Lohnes ist auf jeden Fall, daß der Arbeiter die Arbeitsunfähigkeit dem Unternehmer bekannt gibt und spätestens nach Ablauf des dritten Kalendertages nach Beginn der Arbeitsunfähigkeit eine ärztliche Bescheinigung vorlegt. Im übrigen kann die Berechnung des Krankenlohnes auch durch Tarifvertrag geregelt werden.

Obwohl die Gewerkschaften eindeutig die Einbeziehung aller Angestellten in die Krankenversicherungspflicht fordern, wurde lediglich die Versicherungspflichtgrenze für Angestellte auf 1200 DM erhöht. Diejenigen Angestellten, die jetzt versicherungspflichtig geworden sind, behalten zudem das Recht, sich zugunsten eines privaten Krankenversicherungsvertrages von der Versicherungspflicht befreien zu lassen. Die Bundesregierung hat aber angekündigt, daß die Krankenversicherungspflichtgrenze dynamisiert werden soll und die Arbeitgeber verpflichtet werden, auch den nichtversicherungspflichtigen Angestellten den Arbeitgeberanteil zum Krankenversicherungsbeitrag zu zahlen.

Mit dem Inkrafttreten der Lohnfortzahlung für Arbeiter soll auch der vertrauensärztliche Dienst der Krankenkassen „umfunktioniert" werden. Massenvorladungen wird es nicht mehr geben, und die Aufgabe der Vertrauensärzte wird weniger Kontrolle denn Beratung der Patienten und ihrer Hausärzte im Sinne einer mehr vorbeugenden Gesundheitspflege werden. Es bleibt abzuwarten, inwieweit dieser Funktionswandel, der von vielen Vertrauensärzten begrüßt wird, tatsächlich wirksam werden kann.

Nicht verzichtet hat der Bundestag bei der Beschlußfassung über das Lohnfortzahlungsgesetz auf die Erhöhung der Rezeptgebühren. Sie sind von bisher 1 DM auf 20 Prozent der Arzneimittelkosten bis zu 2,50 DM pro Rezept erhöht worden. Gegen den ausdrücklichen Willen der Gewerkschaften ist mit dem Gesetz auch die Einführung einer indirekten Krankenscheingebühr in Höhe von 10 DM für drei der vier Krankenscheine im Jahr wirksam geworden. Etwas anderes ist es nämlich nicht, wenn für den Verzicht auf die Inanspruchnahme von drei Krankenscheinen je 10 Mark im Jahr zurückerstattet werden.

Vor der Wahl hat die SPD-Bundestagsfraktion bei der Verabschiedung des Lohnfortzahlungsgesetzes die Prämie für nicht in Anspruch genommene Krankenscheine abgelehnt. Es wäre daher konsequent, wenn die SPD jetzt als führende Regierungspartei diese gesundheitspolitisch verhängnisvolle Maßnahme wieder abschaffen würde.

Vorerst hat jedoch die neue Bundesregierung nur eine Untersuchung aller Probleme der Krankenversicherungsreform angekündigt. Wie eine fort-

DGB zur Erwachsenenbildung

Der DGB-Bundesvorstand hat zum Ende des Jahres 1969 seine Grundsätze und Forderungen zur Erwachsenenbildung vorgelegt. Diese begrüßenswerte Initiative ist umso dringlicher, als sich angesichts der wissenschaftlich-technischen Revolution immer mehr Arbeiter und Angestellte umschulen müssen bzw. an ihren Beruf völlig veränderte Anforderungen gestellt werden.

Die neuen wissenschaftlichen und technischen Erkenntnisse und die damit verbundenen Strukturveränderungen erfordern heute von allen Arbeitnehmern ein lebenlanges Lernen. Für die übergroße Mehrheit der erwachsenen Arbeiter und Angestellten kommt noch hinzu, daß sie während der Schul- und Berufsbildung — hervorgerufen durch die katastrophalen Zustände des Bildungswesens im Spätkapitalismus — nicht die erforderlichen modernen Grundlagen für die Berufstätigkeit vermittelt bekommen hat.

Es ist richtig, wenn der DGB in den Grundsätzen verlangt: „Die Erwachsenenbildung dient dem einzelnen zur freien Entfaltung seiner Persönlichkeit. Sie sollte den einzelnen zu kritischem Bewußtsein verhelfen, seine Urteilsfähigkeit stärken und ihn zu verantwortlicher Mitbestimmung in allen seinen Lebensbereichen befähigen. Sie bietet dem einzelnen darüber hinaus Hilfen für seine berufliche Qualifizierung und seine persönliche Lebensgestaltung."

Ebenfalls ist zu unterstützen, daß der DGB vom Bundestag und den Länderparlamenten gesetzliche Vorschriften zur Förderung der Erwachsenenbildung fordert und als Teil eines einheitlichen Bildungssystems gewertet wissen will. Allerdings reichen die DGB-Forderungen bei weitem nicht aus und richten sich teilweise sogar gegen die Interessen der Werktätigen selbst.

Beispielsweise wird, ausgehend von der Theorie einer angeblich „pluralistischen Gesellschaft", mit der die vorhandenen Klassengegensätze verwischt werden, für alle Träger der politischen Erwachsenenbildung der gleiche Rang gefordert. Indirekt setzen sich damit die Gewerkschaften für den Ausbau der politischen Bildungseinrichtungen der Unternehmerverbände ein, die alles tun, um die Arbeiter und Angestellten durch Verbreitung antigewerkschaftlichen Gedankengutes von ihrer Klasse zu entfremden.

Mit keinem Wort wendet sich der DGB gegen die in den letzten Jahren wie Pilze aus dem Boden geschossenen privaten Lehr- und Fernlehrinstitute, die oft schlechtes Wissen für viel Geld verkaufen und auf Kosten der Arbeiterschaft hohe Profite realisieren. Statt diese kapitalistischen Unternehmungen noch zu unterstützen, wäre es richtig, den Aufbau eines von den Gewerkschaften durch Mitbestimmung kontrollierten, staatlichen Systems der Erwachsenenbildung zu fordern.

Dieses könnte insbesondere durch den Ausbau der Volkshochschulen und durch Entwicklung von neuen Formen der Weiterbildung und Umschulung bei den bestehenden Berufs-, Fach- und Hochschulen geschehen. Ein Studium der Erwachsenenqualifizierung an Ort und Stelle in der DDR würde dem DGB viele Anregungen geben, um seine Forderungen zu konkretisieren.

Unverständlich bleibt auch, daß in den DGB-Grundsätzen die Forderung nach einem von den Unternehmern zu zahlenden Bildungsurlaub ebenso nicht enthalten ist, wie nach voller Lohnfortzahlung bei Umschulungs- und anderen Bildungsmaßnahmen. Es bleibt zu hoffen, daß die Forderungen des DGB zur Erwachsenenbildung durch eine Vielzahl von Vorschlägen aus den Gewerkschaften im Interesse der Arbeiter und Angestellten verbessert und vom DGB-Bundesvorstand überarbeitet werden. Werner Petschick

---

schrittliche Weiterentwicklung des Kranken- und Gesundheitswesens in der Bundesrepublik aussehen muß, dafür haben der DGB und seine Gewerkschaften konkrete Vorstellungen und Forderungen entwickelt, so u. a.:

Umfassender Ausbau des vorbeugenden Gesundheits- und Unfallschutzes. — Neben menschlichem Leid könnte durch prophylaktische Maßnahmen auch großer materieller Schaden vermieden werden. Fachleute schätzen, daß der Volkswirtschaft der Bundesrepublik allein durch Unfälle jährlich 8 bis 10 Milliarden DM verloren gehen. Hier liegen große Reserven für die finanzielle Gesundung der Krankenkassen.

Einbeziehung aller Angestellten in die Versicherungspflicht. Volle Erstattung der Kosten, die den Krankenkassen für Fremdaufgaben entstehen.

Neu- und Ausbau vor allem spezialisierter Kliniken. Volle Übernahme der sogenannten Vorhaltekosten bei den Krankenhäusern durch die öffentliche Hand. Aufhebung der Klasseneinteilung in Krankenhäusern. Unterbindung übermäßiger Gewinne in der Arznei- und Heilmittelerzeugung sowie im Handel. A. Böpple

Karl Klasen

Einer jener Männer, die in der Bundesrepublik erheblichen Einfluß auf die wirtschaftliche Entwicklung haben, ist der Bundesbankpräsident. Es kann darum niemand verwundern, daß die Konzerne und Monopole lebhaft daran interessiert sind, einen Mann ihres Vertrauens in dieser Funktion zu wissen. Bevor Karl Blessing Bundesbankpräsident wurde, war er Generaldirektor der Margarine-Union, einer Tochtergesellschaft des britisch-holländischen Unilever-Konzerns und nebenbei Aufsichtsratsmitglied der Hamburger Howaldtswerke und des zum Flick-Konzern gehörenden Autounternehmens Daimler-Benz.

Sein Nachfolger wurde jetzt der 60jährige Karl Klasen, ein Freund Prof. Schillers, vom Wirtschaftsminister vorgeschlagen und vom Kabinett akzeptiert. Schon vor seiner Wahl schrieb der „Volkswirt", ein Blatt, das in der Bundesrepublik die Vorstellungen und Interessen der Unternehmer vertritt: „Wir meinen, Karl Klasen, derzeit zusammen mit Franz Heinrich Ulrich Sprecher der Deutschen Bank, wäre der richtige Mann. Er erfüllt alle Voraussetzungen."

Der neue Präsident der Bundesbank, Klasen, gelernter Jurist, trat 1935 in die Rechtsabteilung der Deutschen Bank und Disconto-Gesellschaft, wie sie damals hieß, ein. Über seine Tätigkeit während der nazistischen Diktatur ist der Öffentlichkeit nichts bekannt. Sein politischer Lebenslauf beginnt 1948, als Klasen zum Präsidenten der neugegründeten Hamburger Zentralbank gewählt wurde. Von dort aus ging er nach Ablauf seiner Amtsperiode wieder zur Deutschen Bank zurück.

Im Jahre 1967, nachdem H. J. Abs aus dem Vorstand der Deutschen Bank in den Aufsichtsrat überwechselte, wurde Klasen sein Nachfolger und damit Sprecher der größten Bank in der Bundesrepublik. Während dieser Tätigkeit sammelte er 14 Aufsichtsratssitze und wurde in sieben zum Vorsitzenden bzw. stellvertretenden Vorsitzenden gewählt. Als Bundesbankpräsident muß er nun diese ertragreichen Ämter aufgeben, aber er braucht darum nicht zu darben, denn sein Gehalt beträgt pro Jahr 200 000 DM, und dazu kommen noch verschiedene besondere Zuwendungen.

Wie man sieht, hat sich die Regierung Brandt bei der Wahl des neuen Bundesbankpräsidenten an den Grundsatz der „Kontinuität" gehalten. Klasen hat, wie sein Vorgänger Blessing, das Vertrauen der Monopole in der Bundesrepublik. Allerdings ist er auch Mitglied der SPD, und die Gewerkschaften werden gewiß mit einiger Spannung die Tätigkeit eines sozialdemokratischen Bundesbankpräsidenten betrachten. sr

O. A. Friedrich

Die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) hat einen neuen Präsidenten. Für den ausgeschiedenen Prof. Dr. Balke wählte die Mitgliederversammlung am 11. Dezember 1969 in München den geschäftsführenden persönlich haftenden Gesellschafter des Flick-Konzerns, Dr. Otto A. Friedrich.

Nicht nur die bürgerliche Presse bedachte Friedrich — aus begreiflichen Gründen — mit viel Vorschußlorbeer, sogar die „Welt der Arbeit" glaubt ihm bescheinigen zu müssen, er habe „das Zeug, der sozialpolitischen Repräsentanz der Unternehmer in der Bundesrepublik neue Impulse zu geben". Warum? Nur weil er einmal mit einem sogenannten Vermögensbildungsplan für Arbeitnehmer hervorgetreten ist, der unter diesem Etikett in Wirklichkeit als Kapitalsammelstelle für Unternehmerinvestitionen fungieren würde.

Wahrscheinlich muß man Friedrich bescheinigen, bei der Wahrnehmung der Interessen der Großunternehmer — und das ist schließlich seine Aufgabe! — nicht gar so ideenarm wie sein Vorgänger zu sein. Obgleich Gegner einer echten Vermögensbildung für Arbeitnehmer, die diesen Verfügunggewalt über Produktionsmittel verschafft, fabrizierte er einen „Vermögensbildungsplan" —, der freilich am Problem vorbeiführt. Während er von der paritätischen Mitbestimmung für Arbeitnehmer nichts wissen will, die ins Zentrum der Macht führt, erklärte er auf der BDA-Versammlung, er sei vielmehr für „Mitbestimmung in der richtigen Form". Für die Unternehmer „richtig", versteht sich. Und das sollen vor allem die von den Gewerkschaften abgelehnten „Arbeitsgruppensprecher" sein. Schließlich ist er sogar ein Befürworter der Tarifautonomie; nur muß sie zu langen Laufzeiten der Tarifverträge führen.

Ein Mann, der sich auf Tricks versteht, und darum der richtige Unternehmerboß. Und „altgedient" ist er auch. 1939 rief man ihn in den Vorstand der Phönix-Gummiwerke AG, Harburg, und schließlich in die kriegswichtige „Reichsstelle Kautschuk". Während des Korea-Krieges war er Adenauers „Rohstoffberater". Seine reaktionäre Gesinnung offenbarte er im Dezember in einem „Welt"-Interview mit der Bemerkung, nach dem Kriege „waren damals die Unternehmer — zu Unrecht — mit einem Odium der Kriegsverantwortung, die Gewerkschaft — ebenfalls zu Unrecht — mit einem Heiligenschein des ‚Widerstandes' behaftet".

Ein Mann also, der das „Zeug" zu einem raffinierten Gegner der Arbeiterschaft und ihrer Gewerkschaften hat.

Sb.

Programm für Bauarbeiter

Die wesentliche Verbesserung der Lage der Bauarbeiter ist das erklärte Ziel der IG Bau-Steine-Erden. In seinem Ende 1969 vorgelegten „Arbeitsprogramm zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen und der Leistungsfähigkeit der Bauwirtschaft" wird vor allem die materielle und berufliche Besserstellung der in der Bauwirtschaft beschäftigten Arbeiter und Angestellten gefordert.

Das Arbeitsprogramm soll für die nächsten Jahre Grundlage der gewerkschaftlichen Tarifpolitik der IG Bau-Steine-Erden sein. Es wurde, wie es in der Einleitung heißt, anhand der auf dem 8. ordentlichen Gewerkschaftstag der IG BSE gefaßten Beschlüsse erarbeitet. Der Organisationsbereich der IG Bau-Steine-Erden umfaßt das Baugewerbe, das Bauausbaugewerbe, das Bauhilfsgewerbe, die Baustoffindustrie, die Wohnungsbaugesellschaften und Wohnungsgesellschaften, die Architektur- und Ingenieurbüros sowie Bauforschungsinstitute und schließlich gemeinsame Einrichtungen der Tarifvertragsparteien für die Bauwirtschaft.

An der Spitze des Forderungskatalogs steht die Anhebung der Tariflöhne und -gehälter, wobei angestrebt werden soll, die Effektiveinkommen „weitestgehend" tarifvertraglich abzusichern. Da sich die Lebenshaltungskosten in städtischen und ländlichen Gebieten laufend weiter angleichen, wird die Abschaffung der Differenzierung nach Ortsklassen angestrebt.

Die Gewerkschaft fordert ferner die Einführung eines zusätzlichen Urlaubsgeldes, Übernahme der Hälfte der Krankenversicherungsbeiträge vom Arbeitgeber auch bei solchen Angestellten, die nicht der Krankenversicherungspflicht unterliegen, generelle Einführung der 40-Stunden-Woche, den betrieblichen Abschluß einer Haftpflichtversicherung zur Abdekkung der sich aus beruflicher Tätigkeit ergebenden Risiken für alle Beschäftigten und Abschluß von Tarifverträgen auch für jene Beschäftigten der Bauwirtschaft, deren Arbeitsbedingungen noch nicht auf diese Weise geregelt sind.

An gesellschaftspolitischen Maßnahmen fordert die IG BSE den Abschluß von vermögensbildenden Tarifverträgen in allen Branchen der Bauwirtschaft zusätzliche Alterssicherung über die gesetzlichen Grundlagen hinaus und eine Verstärkung der gewerkschaftlichen Position im Betrieb, insbesondere die bessere Zusammenarbeit der Betriebsräte mit der Gewerkschaft.

Auf dem Sektor der Berufsausbildung sollen Maßnahmen zur Neugliederung und Verbesserung der Ausbildung in der Bauwirtschaft eingeleitet werden. Die Gewerkschaft wünscht die Einführung der Stufenausbildung. Es sollen berufliche Bildungsmaßnahmen in den Betrieben getroffen und „gegebenenfalls" Rationalisierungsschutzabkommen abgeschlossen werden. Von der Einführung bzw. Erweiterung von Mitbestimmungsrechten ist in dem Arbeitsprogramm der IG BSE jedoch nicht die Rede.

Statt dessen wird in dem Arbeitsprogramm daran erinnert, daß sich die Tarifvertragsparteien in der Bauwirtschaft „bereits 1961 gegenseitig als Ordnungsfaktoren" anerkannt haben. Um in diesem Sinne die Zusammenarbeit zwischen Gewerkschaft und Unternehmern zu verbessern, schlägt die IG Bau vor, ein ständiges Gremium der Tarifvertragsparteien zu bilden. Offensichtlich ist also die Führung der IG BSE gewillt, den von Georg Leber begonnenen schädlichen Prozeß der Umwandlung dieser Gewerkschaft von einer Kampforganisation in eine sozialpartnerschaftliche Institution weiter voranzutreiben.

Es ist darum fraglich, ob es der Gewerkschaft auf diesem Wege gelingen wird, für die Beschäftigten im Baugewerbe „einen Platz in der Spitzengruppe der Skala der Tariflöhne und der Effektiveinkommen" zu erreichen, wie es im Arbeitsprogramm gefordert wird. Die gleiche Skepsis ist auch in bezug auf die im Arbeitsprogramm geforderte Verbesserung der Arbeitsbedingungen auf den Baustellen angebracht, die oft der heutigen Norm der Zivilisation und Hygiene in keiner Weise entsprechen. Die IG BSE beklagt gemeinsam mit den Bauunternehmern die infolge der schlechten Arbeitsbedingungen steigende Abwanderung der Arbeitskräfte vom Bau.

Die vom Hauptvorstand mit dem Arbeitsprogramm präsentierten Forderungen an die Unternehmer der Bauwirtschaft sind ohne Zweifel richtig, und ihre Realisierung könnte die Lage der Arbeiter und Angestellten in dieser großen und wichtigen Branche der Volkswirtschaft wesentlich verbessern. Aber es dürfte illusorisch sein, die Interessen der Bauarbeiter auf dem Wege der Sozialpartnerschaft wirksam vertreten zu wollen. Diese berechtigten Interessen erfordern die Mobilisierung der Mitglieder der IG Bau-Steine-Erden für die unvermeidbare konsequente Auseinandersetzung. Die Arbeiter und Angestellten der Bauwirtschaft haben einen über Jahre „maßvoller" Tarifpolitik aufgestauten Nachholbedarf. Auch den Bauarbeitern wird von den Unternehmern nichts geschenkt.

K. K.

Keine Streiks in der UdSSR

Auf die Frage „Warum?" antwortet Prof. Lunjow aus Moskau
Über die Rechte der sowjetischen Gewerkschaften

Auf der wissenschaftlichen Tagung von NACHRICHTEN zum Thema „Lenin und Fragen der Gewerkschaftspolitik" Anfang Dezember 1969 in Nürnberg hielt u. a. Prof. Dr. Iwan Lunjow von der Hochschule der Gewerkschaften in Moskau ein Hauptreferat. Wir baten Prof. Lunjow bei dieser Gelegenheit, uns eine in der Bundesrepublik häufig gestellte Frage zu beantworten: „Warum gibt es in der UdSSR keine Streiks?" Der sowjetische Wissenschaftler gab uns darauf folgende Antwort:

In der Tat: warum? Vielleicht widerspricht das Streiken der sowjetischen Gesetzgebung? Oder sind Streiks in der Sowjetunion verboten? Keineswegs. In keinem Staatsdokument läßt sich ein Punkt finden, der den Streik untersagen würde. Das wurde auch durch die Mitglieder einer Kommission der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO) in Genf bestätigt, die die UdSSR besuchten und die sowjetische Gewerkschaftsbewegung studierten. Sie erklärten, daß die sowjetischen Gesetze nie die Möglichkeit der Streiks ausgeschlossen haben.

Um Ihre Frage zu beantworten, muß man zunächst sagen, warum es in kapitalistischen Ländern gewöhnlich zu Streiks kommt. In der Regel, weil die Unternehmer bestrebt sind, die Löhne der Arbeiter einzufrieren und die eigenen Profite zu steigern, oder die Löhne und Gehälter bedeutend langsamer zu erhöhen, als die Warenpreise steigen. Diese Politik hat eine Senkung der Reallöhne zur Folge, und die Abeiter und Angestellten antworten darauf mit Streiks zur Durchsetzung ihrer Forderungen. Die Unternehmer reagieren ihrerseits mit Versuchen, das Streikrecht der Werktätigen mit Hilfe der Regierung einzuschränken bzw. überhaupt die Streiks verbieten zu lassen.

Es ist völlig ausgeschlossen, in der Sowjetunion eine derartige Situation zu haben. Das erklärt sich mit dem Charakter der Staatsmacht. Hier gehört die ganze Machtvollkommenheit dem Volk, seinen zahlreichen Vertretern in den Sowjets. Ein Beispiel: In dem höchsten Organ der Staatsgewalt, dem Obersten Sowjet der UdSSR, sind fast die Hälfte der Deputierten Arbeiter und Bauern, nämlich 404; in den Obersten Sowjets der Unionsrepubliken sind es rund 1500. In den Ortssowjets stammen sechs von jeweils zehn Deputierten aus den Reihen der Arbeiter und Bauern. Sie sind befugt und befähigt, jede politische Frage zu erledigen, der Regierung jede Forderung der Werktätigen vorzulegen.

Die sowjetischen Gewerkschaften nehmen in enger Zusammenarbeit mit dem Staat, der Kommunistischen Partei und den anderen gesellschaftlichen Organisationen aktiven Anteil an der Verwaltung der Gesellschaft und insbesondere an der Planung und Verwaltung der Volkswirtschaft.

Die Teilnahme der Gewerkschaften an der Planung beginnt unmittelbar im Betrieb, wo die Arbeiter und Angestellten die Entwürfe der Produktionspläne mit den ökonomisch vorteilhaftesten Lösungen erörtern. Diese Entwürfe werden in den Arbeiterversammlungen und auf den ständigen Produktionsberatungen erörtert und nach Billigung durch die Belegschaft den Planungsorganen zugeleitet. In allen ungelösten Fragen wenden sich die Gewerkschaften an den Zentralrat der sowjetischen Gewerkschaften und an die staatliche Planungszentrale (Gosplan) der UdSSR.

Der Zentralrat der sowjetischen Gewerkschaften behandelt den Planentwurf für die Volkswirtschaft im ganzen. Große Aufmerksamkeit schenkt man der Anlage der Kapitalinvestitionen nach ökonomischen Bezirken, der Heranbildung der Arbeiterkader, der Verbesserung der Arbeitsbedingungen und den richtigen Proportionen zwischen den Wirtschaftszweigen, die die Produktionsmittel und die Gebrauchswaren produzieren, zwischen der Steigerung der Arbeitsproduktivität und des Arbeitslohnes. Besonders bemühen sich die sowjetischen Gewerkschaften um die Pläne für den Bau von Wohnhäusern, Kindergärten, Kinderkrippen, Schulen, Dienstleistungsbetrieben, Gaststätten, Erholungsheimen, Sanatorien, Krankenhäusern, Kulturhäusern und -klubs, Sporteinrichtungen.

Alle ökonomischen und sozialen Fragen werden in der UdSSR unter Berücksichtigung der Interessen der Werktätigen gelöst. Zum Beispiel werden die Warenpreise im Lande nicht von den Handelsunternehmen, sondern vom Staat auf der Grundlage wissenschaftlicher Erkenntnisse festgelegt. Der Staat achtet mit Hilfe der Gewerkschaften ferner darauf, daß die Warenmenge auch der im Besitz der Bevölkerung befindlichen Geldmenge entspricht.

Das alles bedeutet aber nicht, daß es in Arbeits-, Lohn- und sonstigen Fragen keine Verwicklungen gibt. Da aber die ganze gesellschaftliche Ordnung das Wohl des schaffenden Volkes zum Ziel hat, werden verschiedene Komplikationen auf diesem Gebiet ohne scharfe soziale Konflikte beigelegt.

Kommen aber Konflikte vor? Grundsätzliche Konflikte sind nicht besonders häufig, aber sie werden gelöst. Ein Beispiel aus der Tätigkeit des Zentralrates der Sowjetgewerkschaften: Seine Kommission für Arbeits- und Lohnfragen erhielt Beschwerden darüber, daß Betriebe einen Mangel an Maschinenarbeitern haben. Es stellte sich heraus, daß die Entlohnung der Maschinenarbeiter niedriger war, als die der Arbeiter, die die Abschlußoperation an Fertigerzeugnissen besorgen. Beim Ministerrat wurde der Antrag gestellt, die Entlohnung der Maschinenarbeiter zu erhöhen. Daraufhin wurden die Tarifsätze der Dreher, Fäser, Schleifer und in ähnlichen Berufen um durchschnittlich 15 Prozent heraufgesetzt.

Häufiger kommt es schon mal zu Konflikten und Differenzen zwischen der Betriebsleitung und einzelnen Werktätigen. Die Sowjetgewerkschaften brauchen nicht zu Streiks zu greifen, weil sie Rechte haben, die ihnen ermöglichen, jegliche Konflikte zu regeln. So haben die Gewerkschaften in der UdSSR das Recht, die Wirtschaftsführung der Betriebsleitungen zu kontrollieren. Sie können von der Direktion fordern, daß sie bessere Arbeitsbedingungen schafft; und wenn jemand von der Betriebsverwaltung, darunter auch der Direktion, selbst mit seinen Amtspflichten nicht fertig wird, gegen das Arbeitsrecht verstößt oder Bestimmungen des Kollektivvertrags nicht erfüllt, können sie dessen Entfernung aus dem Amt erwirken.

Kein Werktätiger kann ohne Einverständnis der Gewerkschaftsorganisation entlassen werden. Wenn die Werkleitung ein Belegschaftsmitglied ohne Genehmigung der Gewerkschaften entläßt, verfügen die Gewerkschaften selbst oder das Gericht dessen sofortige Wiedereinstellung und die Auszahlung des Lohnes für alle versäumten Tage aus Mitteln des Betriebs bzw. aus der eigenen Tasche des betreffenden Betriebsleiters.

Das ganze System der sozialistischen Gesellschaftsordnung in der Sowjetunion schließt somit dauernde soziale Konflikte, ähnlich denen, die in den kapitalistischen Ländern zu beobachten sind, völlig aus. Die Gewerkschaften der UdSSR sehen vom Streik nicht deshalb ab, weil es verboten wäre zu streiken, sondern weil auf Grund der Rechte der Gewerkschaften keine Situationen entstehen, in denen ein Streik als Protest oder als Kampfmittel unerläßlich wird.

Terminkalender

- **28. Februar**
  Gehaltstarifvertrag im privaten Bankgewerbe kündbar.

- **31. März**
  Tarifverträge im privaten Versicherungsgewerbe und in der Landwirtschaft kündbar; ferner in einem Teil der chemischen Industrie, und zwar in Nordrhein, Hessen und Rheinland-Pfalz.

- **18. April bis 8. November**
  Wahl der Gewerkschaftsausschüsse in den Betrieben im Organisations-Bereich der IG Bergbau und Energie

- **30. April**
  Tarifverträge für die Beschäftigten des Bauhauptgewerbes kündbar; ferner für die Bekleidungsindustrie und für die chemische Industrie in Hamburg, Bremen, Schleswig-Holstein, Niedersachsen, Württemberg-Baden, Südwürttemberg-Hohenzollern und West-Berlin.

- **2. bis 31. Mai**
  Wahl der Delegierten zu den Geschäftsstellen- und Bezirkskonferenzen der IG Bergbau und Energie

- **31. Mai**
  Tarifverträge für die Beschäftigten in der chemischen Industrie von Westfalen, Südbaden und Bayern laufen aus.

- **6. bis 28. Juni**
  Wahl der Geschäftsstellen- und Bezirksvorstände der IG Bergbau und Energie

- **15. bis 17. Juli**
  13. Arbeiterkonferenz der Ostsee-Länder, Norwegens und Islands in Rostock, während der Ostseewoche vom 12. bis 19. Juli 1970

- **Oktober**
  10. Gewerkschaftsjugendtag der IG Bergbau und Energie

Zu guter Letzt:

Bildhaft, wenn auch ein wenig drastisch, umriß Erich Rau, Sekretär beim Zentralrat der FDJ der DDR während einer Ansprache in Dortmund den Charakter seiner Organisation: „Wir sind zwar nicht so schön wie Gerard Philippe, wir können auch nicht so gut reiten wie Jean Marais und nicht ganz so gut fechten wie Errol Flynn — aber wir können die Imperialisten genau so in den Arsch beißen wie der Hund von Baskerville."

PS-Direktoren im Bergbau

Zehn Arbeitnehmervertreter im Ruhrkohle-Aufsichtsrat

Nachdem die neugebildete Ruhrkohle AG ab 1. Dezember 1969 alle im Ruhrbergbau Beschäftigten übernommen hat, haben die Bergarbeiter ihre Vertreter in die vorgesehenen Mitbestimmungsfunktionen gewählt. Auf einer Betriebsräteversammlung der Ruhrkohle AG in Essen wählten 1490 Betriebsratsmitglieder die Beauftragten der Arbeiter und Angestellten für den Aufsichtsrat.

Von den zehn Mandaten, die auf die Belegschaftsseite entfallen, wurden sechs durch sogenannte außerbetriebliche Vertreter und nur vier durch betriebliche Vertreter der Arbeitnehmer besetzt. Die außerbetrieblichen Aufsichtsratsmitglieder der Belegschaftsseite sind: Adolf Schmidt, Vorsitzender der IG Bergbau und Energie; Heinz-Werner Meyer, Vorstandsmitglied der IGBE; Willi Krämer, Abteilungsleiter im IGBE-Vorstand; Alfons Lappas, Mitglied des geschäftsführenden DGB-Bundesvorstandes; Walter Hesselbach, Vorstandsvorsitzender der Bank für Gemeinwirtschaft; Konrad Grundmann, ehemaliger CDU-Arbeits- und Sozialminister von Nordrhein-Westfalen. Die betrieblichen Arbeitnehmervertreter sind Karl-Heinz Mross, Gesamtbetriebsratsvorsitzender der Bergbau AG Recklinghausen; Heinz Rex, Gesamtbetriebsratsvorsitzender der Bergbau AG Gelsenkirchen; Rudolf Koblitz, Gesamtbetriebsratsvorsitzender der Bergbau AG Essen; Hermann Klos, stellvertretender Vorsitzender des Gesamtbetriebsrates der Bergbau AG Niederrhein.

Ebenfalls im Dezember wurden für die sieben Betriebsführungsgesellschaften der Kohle-Einheitsgesellschaft sieben neue Gesamtbetriebsräte gebildet. Aus jedem bestehenden Betriebsrat wurde je ein Mitglied von jeder Arbeitnehmergruppe (Arbeiter und Angestellte) entsandt.

Eine weitere Veränderung, in diesem Falle eine Neuerung, ist die Berufung von sogenannten PS-Betriebsdirektoren in die Werksvorstände. Die Aufgaben der PS-Betriebsdirektoren erstrecken sich auf die Bereiche Personal, Wohnungen, Sozialeinrichtungen, Ausbildung und Arbeitsschutz. In jeder Werkseinheit der Ruhrkohle AG gibt es nunmehr in der Direktion einen Betriebsdirektor für Personal- und Sozialfragen neben dem Arbeitsdirektor. Insgesamt gibt es 55 Werkseinheiten der Ruhrkohle AG.

Die PS-Betriebsdirektoren genießen, ebenso wie die Arbeitsdirektoren, das Vertrauen der Gewerkschaft. Nach der Vorstellung der IG Bergbau und Energie sollen Arbeitsdirektor, PS-Betriebsdirektor und Betriebsrat eng zusammenarbeiten und Träger der Arbeitnehmer-Mitbestimmung in den Werkseinheiten der Ruhrkohle AG sein. Dazu kommen in der Spitze die zehn Aufsichtsratsmitglieder der Arbeitnehmerseite. Der Aufsichtsrat der Ruhrkohle AG hat insgesamt 21 Mitglieder.

13. Arbeiterkonferenz der Ostseeländer in Rostock

Mit der Aufforderung an alle gewerkschaftlichen Organisationen der Ostsee-Anliegerstaaten, Delegierte und Beobachter zur 13. Arbeiterkonferenz nach Rostock zu entsenden, wendet sich das Ständige Komitee der Arbeiterkonferenz der Ostseeländer, Norwegens und Islands an die Öffentlichkeit. In einer Sitzung am 10. Januar 1970 in Rostock beschlossen die Mitglieder des Komitees die Einberufung der Konferenz für die Zeit vom 15. bis 17. Juli 1970. Sie fällt damit wieder in die Zeit der traditionellen Rostocker Ostseewoche, die vom 12. bis 19. Juli stattfindet.

Auf der Tagung der 13. Arbeiterkonferenz sollen hauptsächlich zwei Probleme stehen:

1. Für europäische Sicherheit — für europäische Gewerkschaftseinheit.
2. Der wissenschaftlich-technische Fortschritt erfordert die demokratische Mitbestimmung der Gewerkschaften.

nachrichten

Die NACHRICHTEN — Informationen und Kommentare zur Wirtschafts- und Sozialpolitik — erscheinen monatlich in der NACHRICHTEN-Verlags-GmbH.

Herausgeber: Josef Ledwohn, Essen; Heinz Lukrawka, Dinslaken; Heinz Seeger, Friedrichshafen.

Redaktionskollegium:
Dr. Werner Petschik, 6 Frankfurt/M., Friedberger Landstraße 307;
Heinz Seeger, 799 Friedrichshafen, Erlenweg 3/9;
Gerd Siebert, 205 Hamburg 80, Harnackring 31.

Verlags- und Redaktionsanschrift: 6 Frankfurt/M., Friedberger Landstraße 307; Telefon 54 97 98; Konto-Nr. 58 029 Bank für Gemeinwirtschaft Frankfurt/Main; Postscheckkonto: Frankfurt 305040.

Einzelpreis 0,75 DM; vierteljährlich 2,25 DM; jährlich 9,— DM plus Zustellgebühr (1,80 DM).

Bei Nichterscheinen infolge höherer Gewalt besteht kein Ersatzanspruch. Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet.

Druck: Plambeck & Co, Neumünster